

Eine Blüte aus dem Dritten Reich

Breslau, 19. Dezember. In Görtlich hat der nationalsozialistische Stadtobersekretär Frömel große Unterschlagungen begangen, die in der schlesischen Presse lebhaft besprochen wurden. Nach den bisherigen Feststellungen belaufen sich die Veruntreuungen zum Nachteil der städtischen Hospital-Verwaltung auf rund 57.000 Mark.

Der „Erneuerer Deutschlands“ hat den größten Teil der unterschlagenen Summen mit Frauen verjubelt. Das Landgericht Görtlich hat gegen Frömel Untersuchungshaft angeordnet, die er aber zunächst nicht im Gerichtsgefängnis, sondern aufgrund eines Gerichtsbeschlusses in der Provinzialheil- und Pflegeanstalt Bunzlau zur Beobachtung seines Geisteszustandes verbringt.

Tapferkeit, die nichts kostet, nicht einmal ein bißchen Gehirnschmalz, die wie Angestelltenfreundlichkeit aussieht, die aber in Wahrheit am wenigsten dazu geeignet ist, das Interesse der Angestellten und noch weniger das der armen Opfer der Krise zu schützen.

Ja, sagen die Herren Kommunisten, erzählt uns doch nicht, daß die Senkung der Gehalte notwendig ist, weil sonst für die Erwerbslosen nicht geforgt werden könnte, sorgi vielmehr dafür, daß nicht für den Militarismus, für Polizei und Gendarmerie und infolge von Steuerrückständen der Unternehmer Milliarden verpulvert werden! Ja, sorgt dafür! Nur wir sollen dafür sorgen, warum nicht auch die Kommunisten? Was tun sie dazu? Sie erschöpfen ihre Kräfte in der unausgesetzten Hetze gegen das sozialistische Lager und tragen so zur Schwächung der Kampfkraft der sozialistischen Arbeiterklasse ebenso wie zur Stärkung der bürgerlichen Parteien bei, die gegen jede Herabsetzung der Militärlasten sind, die Schuld tragen an den Milliardenverlusten der Staatskasse durch die Steuerverweigerung der Kapitalistenklasse. Solange die Kommunisten die heutige, ihnen von Moskau vorgeschriebene Politik machen, die in ihren Auswirkungen nur der Bourgeoisie hilft, sind die guten Ratsschläge, die sie uns erteilen, nur leere Phrasen und erbärmliche Deuterei. Die Arbeiterklasse könnte, wenn die Einheitsfront den Kommunisten nicht bloß ein betrügerisches Manöver wäre, in der Offenheit gegen die Kapitalistenklasse stehen, so ist sie in die Verteidigungsstellung gedrängt und auch in dieser Situation halten es die Kommunisten für die dringendste Aufgabe, die von den wirklichen Verteidigern der Arbeiter- und Angestelltenrechte bezogenen Schützengräben täglich mit ihren Brand- und Stinkbomben zu bewerfen.

Nach unserer ganzen Vergangenheit und unserer Gegenwart brauchen wir nicht erst ausdrücklich zu versichern, daß wir die Gehaltsreduzierungen der Staatsangestellten nicht leichtfertig hinnehmen, schon deshalb nicht, weil von ihr eine weitere Verschärfung der Krise droht und daß sie uns nur als eine — nicht durch unsere Schuld — im Augenblick leider unvermeidliche Zwangsmaßnahme erscheint. Aber wagen wir gegenüber den Treibern der kommunistischen Schreibstischhelden ab: wäre es nach ihnen gegangen, so hätten wir ebenso wie sie der Forderung des Finanzministers nach Herstellung des Gleichgewichts des aufs schwerste zerrütteten Staatshaushaltes ein starkes Nein entgegenstellen müssen. Wäre dadurch die Gehaltskürzung vermieden worden? Nur Narren können dies glauben. Sie wäre im Gegenteil ganz nach dem ersten Antrag des Finanzministers durchgeführt worden und die bürgerlichen Parteien, von den sozialistischen Parteien nicht mehr in der sozialistischen gewordenen Regierung gezwungen, neben fiskalischen auch sozialen Erwägungen Raum zu geben, hätten die Gelegenheit noch zu ganz anderen und bösseren Beutezügen auf die arbeitenden und arbeitslosen Massen ausgenüht. Aus tiefstem Verantwortungsgesühl und Pflichtbewußtsein aber verblieben die sozialistischen Parteien auf ihrem Platze und setzten in einem viele Wochen andauernden harten Ringen alle Kräfte ein, um wenigstens die schlimmsten Härten des unvermeidlich gewordenen zu mildern. Daß ihnen dies gelang und in welchem Maße es ihnen gelang, können die Staatsangestellten an der Hand der ursprünglichen Abbaupläne und der heutigen Gesetzesvorlage in barem Gelde nachrechnen.

Was haben demgegenüber die Staatsangestellten den Kommunisten zu danken? Deren glorreiche Taktik und Politik hat ihnen auch nicht einen Heller vor dem Zugriff des Finanzministers bewahrt! Ihre einzige Leistung in diesem schweren Kampf um die Lebensinteressen der Staatsangestellten waren Deklamationen, Phrasen und Schimpereien auf die Sozialdemokraten. Wenn danach von den Staatsangestellten gelüftet sollte, die Kommunisten als Retter zu erwählen, der wäre um den Grad seiner Einsicht und Vernunft nicht zu beneiden.

Die Rede des Genossen Grünzner:

(Schluß von Seite 1)

der Angestellteninteressen nicht abdringen lassen. Sie hat, als der Abbau unvermeidlich war, den Vorschlägen des Finanzministers den härtesten Widerstand entgegengekehrt und die ursprünglichen Pläne zu Fall gebracht.

Die Staatsangestellten wissen sehr gut, daß der Finanzminister einen 10prozentigen linearen Abbau gefordert hat. Wenn statt dessen ein 3- bis 10prozentiger Abzug von der Pensiongrundlage eintritt, der überdies ein wenn auch bescheidenes Minimum freiläßt, so kommt in dieser Differenz das Ergebnis unserer Anstrengungen denn doch deutlich zum Ausdruck!

Es kommt deutlich zum Ausdruck in der Terminierung der Gehaltsmaßnahmen auf zwei Jahre, in der wesentlichen Milderung der Bestimmungen über die Pensionierung, in der restlosen Befreiung aller Ausnahmestimmungen gegen die Frauen, in der Reduzierung aller Maßnahmen, die gegen die autonomen Angestellten geplant waren, auf die bloße Wiederholung der Grundzüge des § 212 des Besetzungsgesetzes vom Jahre 1929.

Aber noch bei den Verhandlungen im sozialpolitischen Ausschuss ist es uns gelungen, auch noch an der Regierungsvorlage Verbesserungen zu erzielen, von denen vor allem die

Anerkennung der Unverletzlichkeit der Arbeiterkollektivverträge

von großer materieller, aber noch mehr von grundsätzlicher Bedeutung ist.

Ist die bürgerliche Staatsangestelltenfreundlichkeit ernst zu nehmen?

Wir sind fest überzeugt, daß die Staatsangestellten aus diesen Tatsachen erkennen werden, daß sie ihre wahren Freunde nicht bei den Parteien und Gruppen zu suchen haben, welche die Erregung der Staatsangestellten darüber, daß die Krise auch von ihnen schwere Opfer fordert, als billiges Agitationsmaterial ausnützen möchten, die aber überall dort, wo sie selbst mitzuentcheiden haben, den Staatsangestellten auf das liebste mitspielen.

Wenn die bürgerlichen Parteien sich heute als Interessensvertreter der Staatsangestellten gebärden, aber gleichzeitig gegen den Mieterschutz Sturm laufen, dessen Fortführung viele Tausende von Staatsangestellten auf das härteste treffen müßte, wenn sie gleichzeitig mit Angestelltenforderungen agitieren und alle Steuern verweigern, also nicht einmal für die Bedeckung der gestützten Bezüge Sorge tragen wollen, so wird dieses Doppelspiel wahrscheinlich keinen Dankenden täuschen.

Wenn die Christlichsozialen an der Regierungsvorlage die härteste Kritik üben, so können sie damit weder die Beamtenpolitik der Republik verbessern, noch ebensowenig ihre Wirksamkeit unter dem Bürgerloos vergessen machen.

Wenn die Nationalsozialisten die wildesten agitatorischen Kunststücke vollführten, so müßte sie das bloße Wort „Karl-Ludwig“ zum Schweigen bringen.

ganz abgesehen davon, daß in den deutschen Ländern, die von den Vorspielen des Dritten Reiches begünstigt

Der tschechische Genosse Bil erklärte u. a., wenn wir schon die Pflicht auf uns nehmen, durch außerordentliche Maßnahmen den Staat in seiner schwierigen Situation zu schützen, so tun wir das in der Forderung, daß die Regierung alles zum Schutze der Interessen der dreistufigen Volksmassen vornehmen und die erforderlichen Maßnahmen zur Hebung des Wirtschaftslebens treffen wird. Den Spar- und Sanierungsmassnahmen müsse unbedingt eine Aktion zur Belebung des Arbeitsmarktes und der Erzeugung, zur Herabsetzung der Preise der Lebensbedürfnisse und der Rohstoffe folgen. Es ist eine unbedingte Notwendigkeit, für die Frühjahr- und Sommerernte eine Investitionsanleihe zum Zwecke der Belebung des Arbeitsmarktes vorzubereiten, um das zu erreichen, worum durch die Budgetabsätze und sonstigen Maßnahmen das Wirtschaftsleben verkürzt wurde. Im weiteren Verlauf seiner Rede trat Genosse Bil dann auch für die endgültige Sanierung der Selbstverwaltungskörper ein.

Später konstatierte Genosse Laverke, daß es den Bemühungen der sozialistischen Parteien gelungen sei, aus der ursprünglichen Vorlage des Finanzministers den Grundgedanken der allgemeinen linearen Gehaltskürzung zu eliminieren und diejenigen ganz zu verwerfen, die nicht einmal das Existenzminimum gesichert haben. Er vertritt u. a. die Forderung der Staatsangestelltenvereinigungen nach Errichtung eines selbständigen Pensionsfonds, der den in der Versicherung der Privatangestellten geltenden Grundgedanken entsprechen würde.

Auf die „Argumente“ der Opposition einzugehen, ob diese nun von Kommunisten oder von unseren deutschen Oppositionsparteien mit mehr oder weniger Schwung, immer aber sich tlich ohne innere Überzeugung vorgebracht wurden, erübrigt sich bei dem Niveau, auf dem sich diese Ausführungen heute befinden.

sind, nur gewissen Parteigängern glänzende Karrieren bereitet werden, während die übrigen Staatsangestellten einfach vogelfrei gemacht werden.

Darum sind wir ganz unbeforgt darüber, daß die Demagogie unserer Gegner an unserer ersten und verantwortungsbewußten Arbeit zuschanden werden muß, und daß die Staatsangestellten erkennen werden, daß sie die erfolgreiche Vertretung ihrer Interessen nur von den Sozialdemokraten erwarten können.

Die nicht aus parteipolitischen Interessen, sondern in Erfüllung ihrer programmatischen Grundzüge für die Angestellten eintritt, die Angestelltenpolitik nicht vom Standpunkte des propagandistischen Effektes betreiben, sondern vom Standpunkte der Interessenvertretung aller arbeitenden Menschen. Darum hoffen wir, daß gerade in der gegenwärtigen Krise auch in den Reihen der Staatsangestellten die Erkenntnis reifen wird, daß sie nur im Verein mit der gesamten Klassenbewußten Arbeiterschaft ihre Interessen besser als bisher zur Geltung bringen können.

Vor allem aber müssen die Staatsangestellten erkennen, daß es die Krise der kapitalistischen Wirtschaft ist, die ihnen jetzt ein so schweres Opfer auferlegt.

Die Krise der kapitalistischen Wirtschaft hat die Kaufkraft der arbeitenden Massen gesenkt und damit auch direkt und indirekt die Einnahmen des Staates so vermindert, daß der Staat seinen Angestellten die Bezüge nicht mehr ungeschmälert ausbezahlen kann. Und wenn heute die arbeitenden Menschen nicht stark genug sind, um kapitalistische Lösungen der Krisenprobleme zu verhindern, wenn sie sich mit Teilreformen bescheiden, mit Widerungen und nicht immer befriedigenden Milderungen des Loses der Krisenopfer zufrieden geben müssen —

liegt es nicht zu einem bedeutenden Teil auch daran, daß so viele Staatsangestellte noch im bürgerlichen Lager stehen und damit die Macht des Kapitals stärken? Mühen nicht alle, die heute an der Sozialdemokratie Kritik üben, sich vor allem selbst fragen, was sie dazu getan haben, um der Sozialdemokratie die Macht zu geben, daß sie ihre Forderungen erfüllen kann?

Die arbeitenden Menschen bilden die Mehrheit der Bevölkerung, ihre Vertreter sind eine Minderheit im Parlament. Wohl vermögen wir manche Härte zu mildern, manches soziale Unrecht abzumildern, manchen sozialen Fortschritt zu verwirklichen. Aber erst der Sozialismus wird allen arbeitenden Menschen, erst der Sozialismus wird auch den öffentlichen Angestellten eine auskömmliche Existenz gewährleisten und sie gegen alle Krisen zu sichern vermögen.

Erst im Sozialismus werden die öffentlichen Angestellten die Befriedigung ihrer gerechten Ansprüche finden können. Damit müssen sie gerade aus der gegenwärtigen Krise und gerade aus den Opfern, welche die gegenwärtige Krise ihnen auferlegt, die Erkenntnis ziehen, daß sie nur im Kampf um die Verwirklichung des großen Zieles der Arbeiterklasse, im Kampf um die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, im Kampf um den Sozialismus ihren wahren Interessen dienen können. Wenn sie diesen Weg beschreiten, werden sie die Sozialdemokratie immer an ihrer Seite finden. (Starker Beifall.)

Weitere Verbesserungen zugunsten der Pensionisten

Im Laufe des Tages wurde in einer Sitzung des zuständigen Siebenerausschusses noch eine wertvolle Verbesserung des § 12 vorgenommen. Nach der Ausdeutung sollten, falls ein Pensionist im Genuß mehr als einer staatlichen Pension steht, alle Pensionsansprüche bis auf einen verfallen. Durch einen Änderungsantrag der Koalition wird der § 12 nunmehr durch folgende Bestimmung ergänzt:

„Durch das Erlöschen der Ruhegehülfe dürfen die gesamten Ruhegehülfe nicht unter den Betrag von 12.000 Kronen jährlich sinken.“

Analog wird im § 13 die Bestimmung getroffen, daß auch die Versorgungsgehülfe der Hinterbliebenen eines Pensionisten aus zwei oder mehreren Pensionsansprüchen durch das Erlöschen der anderen Ruhegehülfe nicht unter 9000 Kronen jährlich sinken dürfen.

Hier wurden also im letzten Moment neuerdings gerade für die ärmsten Kategorien der Pensionisten, die eine große Einbuße hätten erleiden können, eine wesentliche Verbesserung durchgesetzt.

Eine dritte Änderung bezieht sich auf § 15 (Kürzung der Pension bis zur Hälfte bei ständiger Nebenverdienst, falls die Summe beider Bezüge 36.000 Kronen übersteigt), daß in diesem Falle bei Altpensionisten, deren Gleichstellung durch den § 6, Absatz 4 bis Anfang 1935 hinausgeschoben wurde die (höhere) Pensionsgrundlage nach dem Gleichstellungsgesetz maßgebend ist.

Die Vorlage angenommen.

Als bei der Abstimmung eine Pause eingeschaltet wurde, in der das Präsidium die weiteren Dispositionen für die nächsten Vorlagen traf, und die neue Eröffnung der Sitzung sich etwas verspätete, gab es auf dem äußersten linken Flügel der Kammer, wo die Kommunisten, die Nazis und die Deutschnationalen saßen, und in den Reihen der deutschen Christlichsozialen einen

großen Nadau, der sich später bei dem Schlußwort des Berichterstatters, beim Erscheinen des Ministerpräsidenten und bei der Abstimmung gelegentlich zu einem schwachen Pulsdelfonzert verstärkte, das den Veranstaltern sichtlich eine kindische Freude bereitete. Zu den Regieführern dieses Theaters gehörte u. a. auch der Herr Krumpke, der fast nach jedem ihm besonders geistreich und zutreffend dänenden Zwischenruf wie ein eifriger Kinoheld stolz zur Journalistengalerie hinausblickte, ob ihn nur ja alle gesehen und gebührend bewundert hätten.

Sparkommission und Budgetprovisorium.

In einer zweiten Sitzung, die bis 9 Uhr abends dauerte, wurden die beiden Vorlagen über die Spar- und Kontrollkommission sowie über das Budgetprovisorium in Verhandlung gezogen.

Ueber die Sparkommission referierte Dr. Stranitz, dem auch die Autorschaft der wichtigsten Bestimmungen der ursprünglichen Vorlage zugeschrieben wird.

Das Referat über das Budgetprovisorium erstattete Teplanitz. Er erklärte u. a., es sei nicht möglich, das alte Budget zur Grundlage des Provisoriums zu nehmen, weil sich dadurch in den zwei Monaten ein Abgang von etwa 115 Millionen ergeben würde.

In der gemeinsamen Debatte sprachen noch Dr. Stern (Komm.) über die Sparvorlage und Dr. Lufka und Szüllö über das Budgetprovisorium. Dann wurde die weitere Aussprache auf morgen früh 9 Uhr vertagt. Nach den bisherigen Dispositionen soll dann Donnerstag die letzte Sitzung vor Weihnachten stattfinden.

Keine Mehrheit für eine Soldkürzung.

Prag, 20. Dezember. Im Parlament beschäftigte sich heute der tschechische Genosse Bil auch mit der vom Verteidigungsministerium auf dem Umwege über die Erläuterungen zum Budget angeschnittene Frage der Kürzung des Soldatenlohnes um 50 Heller täglich. Er lehnte diese Methoden, auf solche Weise zwölf Millionen im Militärbudget zu ersparen, nachdrücklich ab. Diese Maßnahme würde eine Änderung des Gesetzes oder wenigstens eine Regierungsverordnung voraussetzen; nichts von beiden sei geschehen und deshalb sei es unrichtig, im Budget bereits mit dieser Ersparnis zu rechnen. An den armen Soldaten zu sparen, die von zu Hause keine Unterstützung zu erwarten haben, sei keinesfalls in Ordnung, zumal das Ministerium in seinem Budget viele andere Sparmöglichkeiten finden könnte.

Eine Umfrage im Parlament hat überdies ergeben, daß nicht nur die Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien und der tschechischen Nationalsozialisten, sondern selbst die eigenen Klubgenossen des Ministers Pradag, wie uns ein hervorragendes Mitglied des tschechischen Agrarklubs ausdrücklich versicherte, einer Soldkürzung ablehnend gegenüberstehen. Unter diesen Umständen wird es Minister Pradag hoffentlich verneiden, durch eigenmächtige Maßnahmen auf diesem Gebiet neuen Konfliktstoff heraufzubeschwören!

Forderungen der tschechischen Selbstverwaltung.

Der Verband der tschechoslowakischen Städte und Gemeinden hat eine Reihe von Aktionen im Interesse der wachsenden Selbstverwaltung unternommen. So wurde an den Finanzminister Dr. Trapl eine Zuschrift gerichtet, in der nächsten Zeit möge der Beirat für die Selbstverwaltungsfinanzen einberufen werden. Die Mitglieder des Beirats wurden zu Beginn des heurigen Jahres ernannt, eine Sitzung hat jedoch bisher nicht stattgefunden. Der Finanzminister wird daher in dem Schreiben aufgefordert, den Beirat möglichst bald einzuberufen.

In einer andern Zuschrift, adressiert an das Ministerium des Innern, wird gefordert, daß die Frage der Einreibung von Gemeindeabgaben und Gebühren von Schuldnern, die außerhalb des Ortes wohnen, geregelt werde. Die Behörden lehnen eine Exekution ab, was aber unrichtig ist, denn nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes sind die Steuerämter verpflichtet, über Aufforderung der Gemeindeämter die Gemeindeabgaben einzufordern. Das Ministerium ist daher zu einem Eingreifen verpflichtet.

An das Präsidium des Ministerrats, das Finanzministerium und die Ministerien für soziale Fürsorge und des Innern wurde eine Verwahrung gerichtet dagegen, daß das vorbereitete Regreßgesetz auch die Gemeinden treffe. Die Gemeinden haben nach dem Kriege Zinshäuser mit Altimwohnungen gebaut, wodurch sie zur Vinderung der Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit in hohem Maße beigetragen haben. Diese Bautätigkeit hat große Opfer seitens der Gemeinden gefordert. Durch die Geltendmachung des Regreßrechtes gegenüber den Gemeinden würde die schwierige finanzielle Lage der Gemeinden noch verschlechtert werden.

Schließlich wird der Verband der tschechischen Städte und Gemeinden der Regierung ein Memorandum überreichen, in dem noch eine Reihe anderer Maßnahmen gefordert werden.

Deutsches Amnestiegesetz

tritt heute in Kraft.

Berlin, 20. Dezember. (D.F.Z.) Der Reichsrat beschloß mit 44 gegen 19 Stimmen der Vertreter von Bayern, Württemberg, Baden und Brandenburg bei drei Stimmabstimmungen, gegen das Amnestiegesetz keinen Einspruch einzulegen. Die notwendige verfassungsändernde Mehrheit ist also auch im Reichsrat für die Amnestie zustande gekommen. Der Reichsrat nahm dann noch eine Entschließung an, in der grundsätzliche Bedenken gegen die Amnestie zum Ausdruck gebracht wurden.

Der Reichspräsident hat das Gesetz bereits heute abends unterschrieben. Es wird am morgigen Tage im Reichsblatt erscheinen und damit in Kraft treten.

Milderung der Notverordnung zur Erhaltung des inneren Friedens.

Berlin, 20. Dezember. Der Reichspräsident hat heute eine neue Notverordnung zur Erhaltung des inneren Friedens erlassen, durch die wesentliche Teile des Republikstiftungsgesetzes und eine ganze Reihe von Notverordnungen zur Sicherung von Ruhe und Ordnung aufgehoben werden. Gleichzeitig mit dieser Verordnung wird im Reichsgesetzblatt eine Verordnung über die Aufhebung der Sondergerichte erlassen. Die sogenannte Bürgerfriedensverordnung des Reichspräsidenten bleibt dagegen bestehen, die bis zum 2. Jänner 1933 alle öffentlichen Versammlungen verbietet. Weiter ist noch hervorzuheben, daß auch alle Bestimmungen über die amtlichen Aufgebotsnachrichten in der Presse jetzt zum Fortfall gekommen sind.

Nazis beim Staatsgericht abgeblitzt.

Geschäftsordnung des Preußenlandtages besteht zurecht.

Leipzig, 20. Dezember. In der auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der vom letzten Landtag vorgenommenen Aenderung des Paragraphen 20 der Geschäftsordnung durch den preußischen Landtag gerichteten verfassungsrechtlichen Klage der nationalsozialistischen Fraktion des Landtages gegen den preußischen Landtag wurde heute vormittags vom Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes, Reichsgerichtspräsidenten Doktor Bunte folgende Entscheidung verkündet: Die Anträge werden zurückgewiesen.

Durch die Aenderung der Geschäftsordnung war, wie erinnerlich, festgelegt worden, daß der Ministerpräsident nur noch mit absoluter Mehrheit gewählt werden kann.

Stäupung des Landtagspräsidenten Kerri durch den Staatsgerichtshof.

Leipzig, 20. Dezember. In dem verfassungsrechtlichen Streit zwischen der sozialdemokratischen Fraktion im preußischen Landtag und dem Landtagspräsidenten wegen Einberufung des preußischen Landtages wurde heute mittags vom Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes Reichsgerichtspräsidenten Bunte folgende Entscheidung verkündet:

Nach § 17, Abs. 3, Satz 2 der preußischen Verfassung durfte der Präsident des preußischen Landtages auf das Verlangen der sozialdemokratischen Fraktion vom 3. August 1932 den Landtag nicht erst zum 30. August 1932 einberufen.

Die Hilerkrankheit breitet sich aus!

Darmstadt, 19. Dezember. Der von Hitler wegen Krankheit deutlaudert Gouleiter der bessigen Landtagsfraktion der Nazis und Führer Benz, hat jetzt auch sein Landtagsmandat niederlegen müssen.

Selbst die in letzter Minute von Benz gegen einige sozialdemokratische Zeitungen angestrebten Beleidigungsklagen haben ihn vor der Hilerkrankheit nicht bewahren können. Auch ein Mitverfasser der Vorheimer Dokumente ist von ihr ergriffen worden, Hauptmann a. D. Jäger, Staatsleiter in Heßen. Ueber ihn hat der Gau-Abschla wegen alkoholischer und militärischer Ausschreitungen gegen SA-Mitglieder den Stab gebrochen. Der Hauptgrund der Entfernung des heßischen SA-Stabsleiters dürfte jedoch darin zu suchen sein, daß die Ausrüstung aus der SA achtmal so groß waren, als die Neu-Aufnahmen. Auch der Führer der Darmstädter Standarte, Oberpostinspektor Kläber, ist wegen parteischädigender Parteiführung abgesetzt worden.

Anstelle von Benz wird der Verfasser der Vorheimer Dokumente, Dr. Best, die Führung der Nazi-Fraktion im heßischen Landtag übernehmen. Benz ist nach München kommandiert, z. B. zur besonderen Verwendung auf dem dortigen großen Führerfriedhof.

Vorläufig keine Soldherabsetzung in Oesterreich.

Wien, 20. Dezember. (N.N.) Der Ausschuß des Bundesrates hat mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten gegen die Stimmen der Christlichsozialen beschlossen, die Beratung der sogenannten Öreereschließungsnovelle, welche den Sold für die neuermorbenen Soldaten herabsetzt, bis zum 1. Jänner 1933 zu vertagen.

Hoover für Schuldenrevision.

Eine Botschaft an den Kongreß. - Keine Schuldenstreichung.

Washington, 19. Dezember. In einer Sonderbotschaft an den Kongreß erinnerte Präsident Hoover an die Namen der Nationen, die gezahlt hätten, sowie diejenigen, die am 15. Dezember in Zahlungsverzug geraten seien, wobei er erklärt, in einigen Fällen sei die Richtzahlung ohne Zweifel auf Zahlungsunfähigkeit zurückzuführen.

Der Präsident geht sodann zur Frage der europäischen Rüstungen über, durch die die Vereinigten Staaten gezwungen worden seien, zu ihrer Verteidigung höhere Ausgaben zu machen als vor dem Kriege. Hoover betont, daß die Vereinigten Staaten durch das Moratorium ein Opfer auf sich genommen hätten, das doppelt so groß sei, wie das gesamte Opfer irgend einer anderen Nation.

Hoover weist sodann den Gedanken an eine Annullierung der Schulden zurück. Was den gütlichen Vergleich betreffe, so müsse jedes neue amerikanische Opfer durch deutliche Vorteile aufgewogen werden.

Enthüllungen der „Arbeiter-Zeitung“ über die jüngste Nazi-Aktion

Wien, 20. Dezember. Die „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht heute den nationalsozialistischen Aktionsplan für den Goldenen Sonntag in Wien, aus dem hervorgeht, daß die nationalsozialistische Aktion von langer Hand vorbereitet war. Ihre Durchführung wurde gemeinsam von der Gauleitung, dem sogenannten „Amt für die Behandlung des Judentums“, dem „Gewerbeverein“ und der „Propagandaabteilung im Hitlerhaus“ vorbereitet. Die Durchführung oblag der SA und der SA und den Betriebszellenorganisationen. Die Flugblätter, Streu- und Klebezettel mußten bis Samstag mittags in riesigen Mengen in Hitlerhaus bereit sein, ferner Flaschen mit Aetzsäuren und Glasröhrchen, die Tränengas und Stilmföden enthielten. Diese chemischen Präparate hatte der „Technische Sturm“ zu liefern, dem auch Studenten der chemischen Fakultät angehören.

Schwierigkeiten des internationalen Handels verfrächt.

Bericht der Rationalbank.

Der Bankrat der Tschechoslowakischen Rationalbank hielt am 20. d. M. seine ordentliche Monatsitzung ab. Dem vorgebrachten Geschäftsbericht entnehmen wir:

In der Weltwirtschaft werden die Verhandlungen zur Schaffung der Voraussetzungen für ein Übereinkommen in den wichtigsten politischen Problemen, hauptsächlich jedoch über die Regelung der internationalen Schulden und über die Abrüstungsfragen, fortgesetzt. Die Schwierigkeiten des internationalen Handels wurden in diesem Zeitabschnitt vorwiegend durch das Schwanken einiger Währungen, hauptsächlich des englischen Pfundes, verfrächt. Die Weltgeldmärkte sind weiter flüssig, an den Effektenbörsen schwankte die Entwicklung auf dem resilienten Niveau des letzten Monats. Die Preise der an den Weltbörsen gehandelten Rohstoffe begannen sich wiederum zu stabilisieren. Die Wirtschaftsentwicklung in der Tschechoslowakei verlief in den letzten Wochen im ganzen parallel mit der Weltentwicklung, wobei eine zunehmende Beruhigung und Erhöhung des Vertrauens - die mit dem Fortschreiten der Arbeiten der Regierung und der Parlamentarier zusammenhängt - konstatiert werden kann. Die Folgen der Zahlungsschwierigkeiten in den mittel- und osteuropäischen Staaten und die Ausfuhrerschwierigkeiten nach diesen Ländern beeinflussen die tschechoslowakische Volkswirtschaft verhältnismäßig mehr als die Wirtschaft der westeuropäischen Staaten, mit einer im übrigen analogen Wirtschaftsstruktur. Der geringe hauptsächlich saisonmäßige Geldbedarf und der geringe Bedarf der öffentlichen Hand unterstützen die allmähliche Erhöhung der Flüssigkeit des Geldmarktes. Dazu trug auch die erfolgreiche Beendigung der Arbeiten des Budgetausschusses für das Jahr 1933 bei, woraus der Markt der Staatsobligationen durch eine Erholung der Kurse reorgierte. Der Kapitalmarkt leidet ständig unter einer ungenügenden Bereitschaft für langfristige Kredite; die Entwicklung des Einlagengeschäftes befriedigt bisher nicht, obwohl eine Besserung festgestellt werden konnte; die Erleichterung nach der Ernte arbeitet sich nur stellenweise durch. Die Prager Börse wies bei geringem Geschäft eine bedeutend widerstandsfähige Tendenz auf, hauptsächlich infolge der günstigen technischen Position des Marktes. Das Niveau der Großhandelspreise zeigte um 1. Dezember nur geringe Änderungen. Die kleinen Verschiebungen des Indexes der empfindlichen Preise bedecken sich mit der Bewegung der Weltpreise. In der Landwirtschaft trat die saisonmäßige Ruhe ein. Der Stand der Winterfaulen und der Futtermittel ist vorläufig befriedigend. In der Industriebeschäftigung kamen keine wesentlicheren Änderungen zum Vorschein. Die Saisonvoraussetzungen, welche vor allem durch das Ende der Bauzeit und durch einen kleineren Umfang der landwirtschaftlichen Kampagneindustrie gegeben sind, verurteilen einen bedeutenden Zuwachs der Arbeitslosigkeit, deren genaue Statistik allerdings auf große Schwierigkeiten stößt. Im Außenhandel kamen im November die anhaltenden Absatzschwierigkeiten in einem Rückgang des Umsatzes, analog wie in derselben Zeit des Vorjahres, zum Vorschein. Die Fertigwareneinfuhr sank auf ihr Septemberniveau. Sonst gab es vom wirtschaftlichen Standpunkte aus keine Änderungen gegenüber dem Stande des Vormonats. Der Kurs der tschechoslowakischen Krone behielt seine stabile Entwicklung bei.

Die Bezirke dürfen die Mitgliedschaft beim Verbande der Deutschen Selbstverwaltungskörper erwerben.

Am 16. Dezember d. J. hat das Oberste Verwaltungsgericht mit 31. 16833/32 entschieden, daß die Sifizierung der Beschlüsse in den Bezirksvertretungen in Leitschen, Lepliz-Schönan, Brüz und Falkenau a. G., die auf die Erwerbung der Mitgliedschaft beim Verbande abzielen, als gesetzwidrig aufzuheben sind.

Mit diesem Beschlusse des Obersten Verwaltungsgerichtes ist der Weg für die Bezirke wieder frei gemacht worden, die Mitgliedschaft beim Verbande zu erwerben. Die den Beschlüssen der Bezirksvertretungen auf Erwerbung dieser Mitgliedschaft stützende Behörde hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Bezirke keine Mitgliedschaft bei einem Verbande erwerben dürfen. Das Oberste Verwaltungsgericht erklärt, daß die Bezirke grundsätzlich rechtsfähig seien, Mitglieder eines Vereines zu werden.

Landesbehörde und Innenministerium stellen sich weiter auf den Standpunkt, daß die Wirksam-

Man müsse den Nationen, die ihren Verpflichtungen gegen die USA nachzukommen versucht hätten, das Recht zugesprochen, um Erörterung dieser Fragen nachzugehen. Der Präsident jagt seine in der Botschaft dargelegte Ansicht zum Schluß in folgenden fünf Punkten zusammen:

1. Wir müssen uns mit dem ernstesten Problem befassen.
2. Es ist von größter Wichtigkeit, daß sofort vorbereitende Maßnahmen ergriffen werden.
3. Ein geeigneter Organismus für die Behandlung dieser Frage muß geschaffen werden.
4. Einige Vertreter des zu schaffenden Organismus sollten sofort ausgewählt werden zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz, ferner um Ansichten über die Schuldenfrage mit einigen Nationen auszutauschen und anderen Nationen Ratsschläge über die von ihnen einzunehmende Haltung zu geben.
5. Die Erörterungen über die Schulden- und die Weltwirtschaftskonferenz können nicht vor dem 4. März n. J. beendet werden.

fern, dem auch Studenten der chemischen Fakultät angehören.

Eine starke Polizeibehörde besah sich heute vormittags in Automobilen in das Braune Haus in der Hirschengasse im sechsten Bezirk, besetzte alle Ausgänge und nahm in allen Räumen wie auch in den Kellern und am Boden eine neue strenge Durchsuchung vor. Desgleichen stellte sie das Telefon unter Kontrolle. Bei der Durchsuchung wurden zehn anwesende Mitglieder der Hitler-Sturmabteilungen verhaftet.

Der Staatsanwalt verfügte heute die Beschlagnahme einer in den Abendstunden erschienenen Extraausgabe des nationalsozialistischen „Kampfruf“, die sich mit den heutigen Hausdurchsuchungen im Wiener „Braunen Haus“, sowie mit den Vorfällen bei Bernnegroß befaßte und für morgen einen „Spaziergang“ der Nationalsozialisten auf der Mariabiserstraße ankündigte.

Die Arbeiten des Budgetausschusses für den Ausgleich des Staatsvoranschlages für das Jahr 1933 bei, woraus der Markt der Staatsobligationen durch eine Erholung der Kurse reorgierte. Der Kapitalmarkt leidet ständig unter einer ungenügenden Bereitschaft für langfristige Kredite; die Entwicklung des Einlagengeschäftes befriedigt bisher nicht, obwohl eine Besserung festgestellt werden konnte; die Erleichterung nach der Ernte arbeitet sich nur stellenweise durch. Die Prager Börse wies bei geringem Geschäft eine bedeutend widerstandsfähige Tendenz auf, hauptsächlich infolge der günstigen technischen Position des Marktes. Das Niveau der Großhandelspreise zeigte um 1. Dezember nur geringe Änderungen. Die kleinen Verschiebungen des Indexes der empfindlichen Preise bedecken sich mit der Bewegung der Weltpreise. In der Landwirtschaft trat die saisonmäßige Ruhe ein. Der Stand der Winterfaulen und der Futtermittel ist vorläufig befriedigend. In der Industriebeschäftigung kamen keine wesentlicheren Änderungen zum Vorschein. Die Saisonvoraussetzungen, welche vor allem durch das Ende der Bauzeit und durch einen kleineren Umfang der landwirtschaftlichen Kampagneindustrie gegeben sind, verurteilen einen bedeutenden Zuwachs der Arbeitslosigkeit, deren genaue Statistik allerdings auf große Schwierigkeiten stößt. Im Außenhandel kamen im November die anhaltenden Absatzschwierigkeiten in einem Rückgang des Umsatzes, analog wie in derselben Zeit des Vorjahres, zum Vorschein. Die Fertigwareneinfuhr sank auf ihr Septemberniveau. Sonst gab es vom wirtschaftlichen Standpunkte aus keine Änderungen gegenüber dem Stande des Vormonats. Der Kurs der tschechoslowakischen Krone behielt seine stabile Entwicklung bei.

Un alle Abonnenten und Kolporteurs!

Anlässlich der Weihnachtsfeier erscheint unsere Weihnachts-Ausgabe am Sonntag, den 25. Dezember zur gewohnten Stunde. Die Ausgabe vom Dienstag, den 27. Dezember entfällt. Die nächste Nummer erscheint wieder am Mittwoch, den 28. Dezember.

Die Verwaltung.

Die Aenderungen am Autobusgesetz.

Herabsetzung der Autosteuer. Dafür soll der Brennstoffpreis um 25 statt um 20 Heller erhöht werden.

Prag, 20. Dezember. In der Frage der Abänderung des Autobusgesetzes fanden heute den ganzen Tag über Beratungen im Eisenbahministerium statt, an denen sich auch die Ausschussreferenten des Senats sowie die Abgeordneten Kemeß und Hodaß beteiligten.

Hierbei wurde hauptsächlich ein Abänderungsantrag auf seine Auswirkungen überprüft, den der tschechische Genosse Ing. Winter in der gestrigen Nachmittags des Siebenerausschusses gestellt hatte und der auf

eine gewisse Herabsetzung der neuen Steuer für die gewerbsmäßigen Personen- und Lastenbeförderung und eine dementsprechende Erhöhung des Brennstoffpreises

hinausläuft, um den finanziellen Effekt der Vorlage nicht zu gefährden.

Am Abend trat im Senat der Siebenerausschuss erneut zusammen, um die Schlussredaktion der Vorlage auf Grund dieser neuen Vereinbarungen vorzunehmen.

Gegen Mitternacht waren die Beratungen bis zum § 63 fortgeschritten. Die vorgenommenen Aenderungen sind meist geringerer Natur und betreffen unbedeutende technische Anstiftierungen. Die sprachlichen Bestimmungen des § 12, gegen die die deutschen Regierungsparteien scharfsten Protest erhoben hatten, sollen umstiliert werden; der authentische neue Text, wie er in den Ministerberatungen festgelegt wurde, lag aber noch nicht vor.

Ein neuer Konflikt ergab sich daraus, daß die Sozialdemokraten die Aufnahme einer Bestimmung forderten, daß die Nichterhaltung der achtstündigen Arbeitszeit durch den Unternehmer - eine in dieser Branche ganz geläufige Erscheinung - im Wiederholungsfalle nach poeimaliger Bestrafung des Unternehmers mit dem Entzug der Konzession bedroht werden soll. Hier stellten sich Nationaldemokraten und Tschechischlerile ganz offen hinter die Unternehmer, so daß diese Angelegenheit schließlich den politischen Ministern abgetreten werden mußte.

Die Verkehrssteuer für den gewerbsmäßigen Personentransport durch Personenkraftwagen (§ 63) soll für Wagen mit einem Zylinderinhalt bis zu einem Liter von 1000 auf 800, für Wagen von 1 bis 2 Liter auf 1200 (bisher 1500) herabgesetzt und für Wagen über zwei Liter auf 1800 (bisher 1500) Kronen festgesetzt werden. Dagegen soll die beschriebene Verdoppelung dieser Sätze für inländische Wagen, die den Nahen der Gemeinde überschreiten, entfallen und die Tagessteuer für ausländische Wagen von 8 auf 4 Kronen herabgesetzt werden.

Um den finanziellen Effekt der Vorlage nicht zu gefährden, soll in der noch nicht eingebrachten Vorlage über die Erhöhung des Preises der Benzin - Spiritus - Brennstoffmischung eine Preiserhöhung von 25 Hellern statt der ursprünglich beabsichtigten 20 Heller pro Liter vorgenommen werden.

Bei Mitternacht dauert die Sitzung des Ausschusses noch an.

Umsatzsteuernovelle vom Senat genehmigt.

In einer dreistündigen Sitzung erledigte der Senat in den späten Nachmittagsstunden die Novelle zum Umsatzsteuergesetz, die die Besteuerung der kleinen Unternehmer mit einem Gesamtumsatz bis zu 15.000 K jährlich von den im Frühjahr beschlossenen Zuschlägen aufhebt. Der Referent erklärte, daß die Preise in den Geschäften, die angeblich keinen solchen Jahresumsatz aufwiesen, genau dieselben waren wie in den Geschäften, die die vollen Zuschläge tragen mußten. Die Vorlage soll 70 Millionen einbringen.

In der Debatte sprachen sechs Redner, worauf die Vorlage in beiden Lesungen angenommen wurde. Ebenso wurde auch die Vorlage über die Erhöhung der Vergütungen in der Fassung des Abgeordnetenhauses genehmigt. Nächste Sitzung morgen um 5 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Exekutionsnovelle.

Belagerungszustand in Argentinien.

Buenos Aires, 20. Dezember. Die Regierung hat über ganz Argentinien den Belagerungszustand verhängt.

Die Zahl der bei den Verschwörern beschlagnahmten Bomben beträgt etwa 4000. Ferner wurden 20 Geschütze der brasilianischen Armee, die von den Aufständischen von Sao Paulo stammen, beschlagnahmt.

19 Millionen Pfund als Nachtragkredit für die englischen Arbeitslosen.

London, 20. Dezember. (Reuter.) Die Debatte über den Stand der Arbeitslosigkeit endete gestern im Unterhaus mit einem Sieg der Regierung. Das Haus nahm mit 116 gegen 31 Stimmen einen Antrag an, daß ein Nachtragkredit im Betrage von 19 Millionen Pfund bewilligt für die Arbeitslosenfürsorge beschafft werde.

Während der Debatte über die Arbeitslosenfrage verurteilte ein Mann auf der Tribüne großes Aufsehen, als er lärmend dagegen protestierte, daß das Parlament eine Deputation von Arbeitslosen nicht empfangen habe. Der Manifestant wurde von der Parlamentswache von der Tribüne entfernt.

Versagen des Völkerbundes im Mandschurei-Konflikt.

Genf, 20. Dezember. Der Neunzweihundertjahrige der außerordentlichen Völkerbunderversammlung hat heute vormittags beschlossen, die Beratungen über den chinesisch-japanischen Konflikt bis etwa Mitte des nächsten Monats, spätestens 16. Jänner, zu vertagen. Die Dokumente über die Verhandlungen sollen vorläufig nicht veröffentlicht werden.

Die Versuche, den Konflikt mit Hilfe eines Völkerbundverfahrens zu beenden, haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Schwierigkeiten bestehen auch hinsichtlich des Lytton-Berichtes, dessen rechtliche Anwendung besonders kleinere Mächte verlangen. Die Verhandlungen sind vorläufig festgefahren.

Neue Zeugen im Sibirien-Prozess

Jelau, 20. Dezember. Der 12. Prozeßtag wurde mit dem Verlesen einiger Briefe begonnen, darunter eines Briefes von dem Eisenbahnenbediensteten Bickel, der sich zu erinnern glaubt, daß Sibirsky, Pleu und Sibirsky gemeinsam auf Jagden gingen und daß sich Abgeordneter Kysilow gewundert habe, daß ein sozialistischer Minister in diese Gesellschaft geht. Staatsanwalt Dr. Maritano teilte hierauf mit, daß sich zwei neue Zeugen angemeldet und eingefunden hätten, die darüber auszusagen wollen, daß Sibirsky und Sibirsky einander kennen. Das Gericht ließ die beiden unerwarteten Zeugen zu. Der Vorgesetzte einer Autowerkstätte, Josef Vaterle aus Karlsbad, sagt aus, daß er in den Jahren 1923-24 bei Pleu im Varieteé Chauffeur war. Er kennt beide Angeklagte, denn sie fahren nach Karane auf Jagden. Vaterle flogte Pleu in das Hotel de Saxe und ins Eisenbahnministerium zu fahren, und Sibirsky im Varieteé mit dem Auto abzuholen, wo er auch manchmal Sibirsky sah. Einmal reingibt er den Wagen und da trat der Partier Kozhon an ihn heran und sagte ihm, er solle auf den Bahnhof fahren Sibirsky und Sibirsky tragen in den Wagen ein und Kozhon grüßte: „Guten Morgen, Herr Sibirsky.“ Beide Herren verneigten sich dem Jung und schritten dem Chauffeur vor, daß er zu langsam gefahren sei. Aus diesem Grunde merkte sich Vaterle diesen Vorfall. Später sah Zeuge Sibirsky mehrmals im Hotel de Saxe, von wo er die ganze dortige Gesellschaft kennt. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Zeuge die beiden Angeklagten außer bei dem erwähnten Vorfall noch anderswo gesehen habe, erklärte Vaterle nach einer Weile des Nachdenkens, er sei sich dessen ganz gewiß, daß er beide an ihrem verordneten Tisch gesehen habe. Der Zeuge erzählt darüber, daß er die beiden Angeklagten gesehen habe, im Café Weber in Sibirsk bei der Karisbad, wobei Jaroslav Kozhik zugegen war. Die Nachricht hierüber gelangte auch der Polizei zu Gehör und gleich darauf kamen in der Nacht zwei Herren aus Prag zu ihm, von denen sich der eine als Sekretär und der zweite als Staatsanwalt vorstellten. Beide Herren verlangten, daß Vaterle sofort mit ihnen nach Prag fahre. Der Zeuge konnte aber diesem Wunsch nicht entsprechen, da er nach einem schweren Automobilunfall krank war. Er machte sich erst gestern auf den Weg nach Jelau.

Der zweite Zeuge, der Sekretär Jaroslav Kozhik aus Sibirsk bei Karlsbad, kennt die Angeklagten überhaupt nicht. Auf eine Anfrage Dr. Lermis teilte er mit, Vaterle habe ihm irgendeine kleine Photographie von einer Jagd auf dem Weisberg gezeigt, doch habe er gesagt, daß Sibirsky nicht darauf sei, sondern ein Herr Hausner, den er näher beschreibt. Bei der Konfrontierung der beiden erklärte Vaterle, er habe ursprünglich angenommen, daß auf der Photographie die er auf dem Weisberg gemacht habe, auch Sibirsky sei. Später habe er aber festgestellt, daß Sibirsky dort war. Zum Schluß der Verhandlung stellte Verteidiger Dr. Kozin den Antrag, daß Josef Pleu, Hotelier Jungfer und Dr. Oberholzer noch einmal vernommen werden. Weiter sollen Partier Kozhon, Dr. Kozhik, Dr. Podimisek und sämtliche Mitglieder der Gesellschaft, von der der Zeuge Vaterle sprach, vernommen werden. Außerdem soll die erwähnte Photographie beschafft, die Krankengeschichte des Zeugen Vaterle angefordert und angefragt werden, ob Vaterle bei dem Unfall nicht eine Wehrerleichterung erlitt. Weiter soll auf kürzestem Wege auch das frühere Dienstpersonal der Pausbaltungen der beiden Angeklagten vernommen werden. Staatsanwalt Dr. Maritano forderte die erwähnte Photographie bereits telegraphisch an und erwiderte um die Akten über Vaterle, der in Jelau bleibt, um mit verschiedenen Personen konfrontiert zu werden.

Grippe in Amerika.

Neihundert Todesfälle in einer Woche.

Washington, 20. Dezember. Nach einem Berichte des Gesundheitsamtes der Vereinigten Staaten sind die Südstaaten der Union von einer Grippeepidemie ergriffen worden, die den Umfang einer Epidemie erreichte. In der mit dem 3. Dezember abgelaufenen Woche

starben dem Berichte zufolge an Grippe und Lungentzündung in 89 Städten insgesamt 807 Personen. In den Staaten des Mittelwestens und des Orients ist die Sterblichkeitsziffer bei den Grippeerkrankungen nur ganz wenig gestiegen.

Tagesneuigkeiten

Selbstmord aus Furcht vor Entlassung.

In Mendorf a. d. Biela schied, wie uns aus Görkau berichtet wird, unter traurigen Umständen der 49jährige Arbeiter Anton Pommer aus dem Leben. Pommer war auf dem Hedwig-Schachte in Mendorf beim Abblowenlassen der Grube beschäftigt. Ohne sein Verschulden stürzte er solcher Hund auf ein Lastautomobil, wobei dieses hart beschädigt wurde. Der Arbeiter war über diesen Zwischenfall so sehr erregt, daß er aus Angst vor Entlassung und einem eventuellen Lohnabzug zur Wiedergutmachung des Schadens seinem Leben freiwillig ein Ende machte, indem er sich erhängte. Pommer war verheiratet und Vater zweier Kinder.

Militärflugzeug stürzt auf ein Wohnhaus.

Die Flieger tot — zehn Personen verletzt.

Paris, 20. Dezember. Ueber dem Pariser Vorort Antony ist heute mittag ein Militärflugzeug auf ein Wohnhaus niedergefallen. Beide Insassen des Flugzeuges waren auf der Stelle tot. Außerdem wurden etwa zehn Personen verletzt.

Der Tod im Schacht.

Gestern früh gegen 3 Uhr ereignete sich auf dem Adalst Ernst Schacht der Bruder Kohlenwerke in Schönfeld ein schwerer Unfall, der zwei Menschenleben forderte. Bei ihrer Arbeit im Flöz wurden zwei Bergleute, Eduard Lang aus Schönfeld und Wänsch aus Karbitz, verdrückt. In mühevoller Arbeit konnten die beiden geborgen werden. Als aber das gleich herbeigeholte Sanitätsauto herbeigekommen war, waren inzwischen die beiden Bergleute ihren Verletzungen erlegen. Den Hinterbliebenen wendet sich die allgemeine Teilnahme zu. Die Untersuchung ist im Gange.

Die Geliebte ertränkt.

Aus Bregburg wird gemeldet: Bei der Gemeindefeier wurde die Leiche eines jungen Mädchens aus dem Wasser gezogen. Am Hals der Leiche, die Verletzungen aufwies, war ein mit Sand gefüllter Sack angebracht. Die Sandoberfläche verhaftete den Geliebten des Mädchens, Emmerich Talach, der schließlich gestand, daß er beschlossen habe, das Mädchen aus dem Wege zu räumen, weil es sich in anderen Umständen befand. Er verlockte sie zu einer Rohnpartie und als sie in der Mitte des Flusses waren, begann er das Mädchen zu würgen und warf sie schließlich lebend in den Fluß, wobei er sie noch so lange bei der Hand hielt, bis er spürte, daß sie tot war. Dann zog er die Leiche wieder aus dem Wasser, befestigte den Sandsack an ihrem Hals und warf sie in den Fluß zurück.

Sturm auf Lebensmittelgeschäfte in Koblenz.

Koblenz, 19. Dezember. In den Nachmittags- und Abendstunden des Montag kam es im Zentrum der Stadt zu planmäßigen Überfällen auf Lebensmittelgeschäfte. Einzelne Trupps stürmten die Geschäfte und raubten Lebensmittel aller Art. Die Polizei setzte darauf ein großes Aufgebot ein und stellte die Raube in kurzer Zeit wieder her. Mehrere Plünderer wurden festgenommen.

„Edelrasse“. Unter den Wiener Hafenknechten gibt es — genau wie bei uns — unzählige „Parteigenossen“, die tschechischer Abstammung sind. Für eine Partei, die sich zur Wänterischen Arbeitertheorie bekennet, kann diese Tatsache nicht gerade von merkwürdiger Wirkung sein und darum sind die Knechte eifrig bemüht, solche Leute entsprechend aufzufordern, damit die Öffentlichkeit nicht erfahre, wer heute im braunen Hemd herumläuft. Die Aufzählung geschieht auf höchst einfache Weise: Die nicht ganz Neutrasigen ändern ihre Namen und aus einem Substantiv wird dann beispielsweise ein Substantiv, in dem man her noch kaum mehr einen „Böhmi“ vermutet. Etwas umständlicher gelang die „rassische Veredelung“ bei dem Bg. Kusicka, dessen Vorfahren aus der Moldauengegend nach Wien seinerzeit eingewandert sind. (Ein Bruder des Genannten ist heute noch Mitglied des tschechischen „Sokol“.) Befagter Kusicka machte in der Knechtpartei rasch Karriere, weil er ein gutes Mundwerk hat und schließlich wurde er gar zum hakenkreuzerischen Landesprezidenten

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen. Donnerstag.

Prag: 6.15 Gymnastik, 11.00 Schallplatten, 15.30 Konzert, 17.20 Kinder musizieren, 18.25 Deutsche Sendung: Ing. Teufel: Landwirtschaft, 19.20 Konzert, 20.10 „Janus“, Iwona Tragedie, 22.25 Zeitgenössische Musik. — Brünn: 18.25 Deutsche Sendung: Der liebe Gott geht durch die Welt, Hörspiel. — Breslau: 20.30 Weihnachtsspiel. — Röhlfelder: 21.40 Klavier-Kammermusik. — Hamburg: 19.30 Klavierkonzert. — Königsberg: 19.00 Wieder zur Klarre. — Langenberg: 19.20 Holzschuh im Sattel, Hörspiel. — München: 19.30 Orchesterkonzert. — Wien: 19.25 Alle Reister, 20.05 Im Zeichen des Winters.

Rasse zu bemühen, in welcher ein annähernd gleich hoher Betrag war, öffneten einige Schulden, in denen sie nichts fanden, und verließen sodann das Bureau auf demselben Wege, auf dem sie es betreten hatten. Die Polizei fahndet nach den Einbrechern.

Betriebs Einstellung der Schönpreizer Juckerzaffinerie. Wie wir erfahren, hat die Juckerzaffinerie in Schönpreizen ihren Betrieb vorübergehend eingestellt. Es werden über 600 Arbeiter entlassen, so daß die Arbeitslosenziffer in Aufsig vor Weihnachten stark ansteigen wird.

Freispruch in einem Gattenmordprozeß. Aus Ungarn wird berichtet: Das Kreisgericht in Csab hat den Landwirt Gies Sipo aus einer Gemeinde bei Berehovo, der wegen Ermordung seiner Ehefrau angeklagt war, freigesprochen. Der Freispruch erfolgte wegen Mangel an Beweisen. Die Anklage wurde ursprünglich auf Grund der Aussage der Schwiegermutter Sipo erhoben, die erklärte, gesehen zu haben, als Sipo, auf dem Tisch sitzend, seine auf einem Balken im Deckenbalken erhängte Frau abknipfte. Der Untersuchung gelang es nicht, Klarheit zu schaffen, ob ein Mord oder Selbstmord vorliegt, da die Zeugenaussagen und der ärztliche Befund einander widersprechen. Der Staatsanwalt legte Nichtigkeitsbeschwerde ein. Sipo wurde in Freiheit gesetzt.

Unfall oder Selbstmord. Aus dem Bahnübergang unweit von Rimavska Sobota wurde ein etwa 40jähriger Mann vom Zuge überfahren und war auf der Stelle tot. Die Untersuchung soll ergeben, ob es sich um einen Unfall oder um Selbstmord handelt.

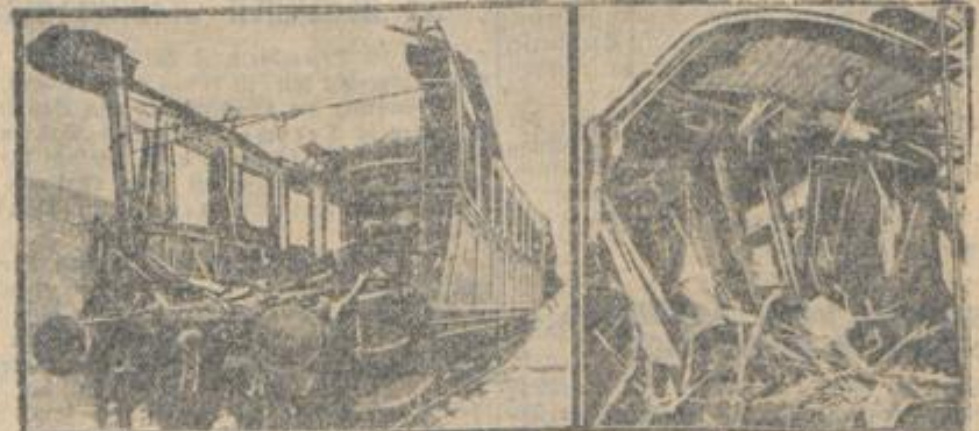
Ein einträgliches Geschäft. Die Societa Riaperti Maritimi Sorima in Genua, die sich mit der Bedienung geunkener Schiffe und ihrer Ladung aus der Meerestiefe befaßt, wird für das nächste Jahr eine hundertprozentige Dividende auszahlen.

Wegen unheilbarer Krankheit in den Tod gegangen. Aus Karlsbad wird uns gemeldet: Durch einen Sturz ins Herz hat sich hier im Hause „Zangerberg“ der Arbeiter Padua entleibt. Der Unglückliche, der seit langer Zeit an einer unheilbaren Krankheit gelitten hatte, war Vater von sechs zum Teil noch nicht schulpflichtigen Kindern.

Rußland braucht Ingenieure. Bis zum 30. November l. J. sind 136 österreichische Ingenieure nach Rußland ausgewandert, während im Vorjahr bis zu diesem Zeitpunkt nur 17 Ingenieure von russischen Fabriken engagiert wurden, so daß sich die Zahl der nach Rußland auswandernden österreichischen Ingenieure verachtfacht hat. Eingewandert hat sich die Zahl der von Rußland geluckten qualifizierten Arbeiter um ca. 50 Prozent vermehrt.

Amliche Zeitschrift der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalten in Prag und Brünn. Vom Jänner 1933 an werden die Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalten in Prag und Brünn in vierteljährlicher Folge eine amliche Zeitschrift für Unfallversicherung der Arbeiter herausgeben unter dem Titel: „Die Unfallversicherung“. Amliche Zeitschrift der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalten in Prag und Brünn.

Benzin aus Salpeter. Der in Santiago de Chile tätige Chemiker Zwoboda, ein früherer österreichischer Fliegeroffizier, entdeckte in gemeinsamer Arbeit mit einem holländischen Kollegen ein Verfahren zur Gewinnung eines vollwertigen Benzins aus Salpeter. Das neue Salpeter-Benzin soll nur halb so viel wie Original-Benzin kosten.



Wie die Züge des Luzerner Eisenbahnunglücks zugerichtet wurden. Unser Bild von den beim Luzerner Eisenbahnunglück völlig zerstörten Wagen gibt eine Vorstellung von der Gewalt des Zusammenstoßes der beiden Züge im Guelich-Tunnel.

Betriebsstillstand bei der Firma H. Haase in Trautenau.

650 Arbeiter betroffen!

Wie das „Trautenauer Echo“ erfahren hat, hat die Firma Haase in Trautenau ihre Arbeiter gekündigt und wird ihren Betrieb am 22. Dezember auf unbestimmte Zeit einstellen. Von dieser neuerlichen Betriebsstilllegung werden abermals 650 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen. Wenn man zu dieser Ziffer die Zahl der mitbetroffenen Familienangehörigen hinzurechnet, kann man erst ermessen, welche ein Weihnachtsgesicht der Kapitalismus Hunderten und aber Hunderten von Arbeitern wieder gebracht hat.

Windmühlensflugzeug abgestürzt. Auf dem Flugplatz Villacoublay bei Paris stürzte am Montag nachmittags der französische Piloter Martin bei einem Probeflug mit einem Windmühlensflugzeug ab und verunglückte tödlich. Die Katastrophe ist darauf zurückzuführen, daß sich plötzlich ein Flügel des Propellers löste, wodurch das Flugzeug abstürzte.

Selbstmordversuch des Sohnes Oskar Strauß. Wie aus Monte Carlo gemeldet wird, hat der Sohn des bekannten Operettenkomponisten Oskar Strauß dort einen Selbstmordversuch begangen. Sein Zustand soll sehr ernst sein.

Der Vater erschossen. Das Schwurgericht in Passau verurteilte den Landwirtsohn Franz Sanlaberer zu 11 Jahren Zuchthaus, seine Schwester Marie zu 2 Jahren, 6 Monaten Gefängnis und deren früheren Geliebten Jodlbauer zu einem Jahr Gefängnis. Die Mutter der verurteilten Geschwister wurde wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Die Angeklagten hatten im August d. J. wieder eine Kugelhandlung mit dem alten Sanlaberer, nachdem es schon vorher über zu Streitigkeiten wegen der Zahlungsverpflichtungen gekommen war, die Sanlaberer für seine Verwandten übernommen hatte. Dabei wurde der Landwirt von seinen Angehörigen blutig geschlagen. Als er sich zur Wehr setzte, streifte ihn der Sohn durch zwei Schüsse nieder.

Das Ende einer Ehe.

Der Liebhaber schießt auf den Gatten seiner Freundin.

Aus Görkau wird uns berichtet: Im November vorigen Jahres kam es hier zu einem Eifersuchtsdrama, das lange Zeit hindurch das Tagesgespräch im Orte und in der Umgebung blieb. Der pensionierte Bergmann August Dvoracek führte seine glückliche Ehe, wenngleich er nicht ganz unschuldig daran war, daß seine Frau das gemeinsame Leben mit ihm aufgegeben hatte. Da der Bergmann keine andere Wohnmöglichkeit hatte, verblieb er trotzdem im Hause seiner Frau, in welchem auch der Defonomebeamte Paul Trojan wohnte. Mit Trojan knüpfte Frau Dvoracek ein Verhältnis an, das dem Manne nicht verborgen bleiben konnte. Da er mit großer Liebe an seinen Kindern hing, ging ihm die Trennung von seiner Familie sehr nahe, und er ließ sich deshalb mehrfach zu Drohungen gegen seine Frau und Trojan hinreißen, doch kam es zu einem Zusammenstoß erst in der Nacht zum 11. November. In dieser Nacht hielt sich Trojan bei Frau Dvoracek auf. Dvoracek bewaffnete sich mit einer Art, drang in die Wohnung seiner Frau ein und drohte, er werde alle töten. Trojan, der vor

dem Manne mit der Art Angst hatte, griff zum Revolver und feuerte zwei Schüsse gegen Dvoracek ab, der an der Hand und in die Brust getroffen wurde. Er mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Trojan stellte sich der Gendarmerie, wurde aber auf freiem Fuße gelassen. Dagegen wurde gegen Dvoracek die Anklage wegen Hausfriedensbruchs erhoben, über die nunmehr die Verhandlung beim Brüger Kreisgericht durchgeführt wurde. Der Angeklagte erklärte, er habe mit der Waffe nur deshalb in die Tür zum Zimmer seiner Frau geschlagen, weil er wußte, daß Trojan bewaffnet war und weil

er gehört hatte, wie Trojan sagte: „Jetzt ist er da, jetzt schieße ich ihn nieder!“ Darauf seien die Schüsse gefallen. Die Gattin des Angeklagten und ihr Freund belästigen ihn sehr schwer, doch stellte sich heraus, daß Frau Dvoracek einige Zeit nach der Trennung die eheliche Gemeinschaft mit ihrem Manne wieder aufgenommen hatte, dabei aber ohne sein Wissen ihr Verhältnis mit Trojan aufrechterhielt. Dvoracek wurde freigesprochen, umso mehr, als das Gericht annahm, daß die Michtigkeit der Zeugenaussagen wegen der ausgesprochenen Feindseligkeit der Frau und ihres Liebhabers angezweifelt werden müssen.

Zuerst um Hunderttausende gebracht — dann als Mörder denunziert. Der reiche Kaufmann und seine Freundinnen.

Frag 20. Dezember. Ein einzigartiger Fall wurde heute vor dem Senat des OVA. Kaplan verhandelt. Er spielt, wie schon aus den Ziffern des in Frage stehenden Betrages hervorgeht, in den Kreisen der „alten Gesellschaft“, wo die Hunderttausender weiter keine Rolle spielen, wenn eine hübsche Freundin im Spiel ist und die annehmenden Hungerlöhner von Angestellten, die ja bekanntlich durch unerlässliche Vorkaufungen die Prosperität der Chefs zu bedrohen pflegen.

Es handelt sich also vorläufig um eine Betrugsanklage gegen die 33jährige selbe und reiche Josefine Houd, eine junge Frau, die durch mehrere Jahre ein intimes Verhältnis mit einem hiesigen reichen Kaufmann unterhalten hatte. Beide waren verheiratet, aber das genierte weiter nicht. Der Kaufmann vernachlässigte seine Frau, ohne sich weiter darum zu kümmern, ob es ihr recht war oder nicht, und der Gatte seiner Freundin, den ihm diese übrigens als Bruder vorgestellt hatte, pflegte dieselbe zu verschmähen, wenn das Schlafzimmer seiner Frau zu anderen als zu ehelichen Zwecken gebraucht wurde.

Das Verhältnis war natürlich nicht billig. Man lebte handgemäht, machte Autotouren ins Gebirge, beludete kostspielige Kutschfahle u. dgl. mehr, was nun einmal zu einem „besseren“ Verhältnis gehört. Diese Spielen sind schließlich bei solchen Anlässen einzuführen. Aber die junge Frau wußte aus der vorteilhaften Freundschaft noch ganz andere Vorteile zu ziehen. Sie begann, nach der Anklage, bei ihm Darlehen aufzunehmen, wobei sie vorpiegelte, daß sie nach einem reichen früheren Freund eine Million erben werde. Um diese Vorpiegelung künftigen Reichtums noch glaubhafter zu machen, erzählte sie ihrem Freund, sie sei im Besitz einer Versicherungspolize gleichfalls im Werte einer Million. So glaubte der Kaufmann tatsächlich an eine reelle Grundlage ihres Kreditbedürfnisses und blies im Laufe der Zeit, nach seiner Berechnung, an die 400.000-Krone. Die ganze Sache endete mit einer Strafanzeige des ernüchterten Freundes gegen seine Geliebte, in welcher Anzeige behauptet wird, der erwähnte Betrag sei ihm durch die fälschlichen und betrügerischen Vorpiegelungen herausgelockt worden.

Dies ist der an sich nicht ungewöhnliche Sachverhalt, um den sich die heutige Verhandlung dreht. Neugierst ungewöhnlich aber ist das, was sich vorher abgespielt hat und vermutlich Sache eines besonderen Verfahrens sein wird.

Eines schönen Tages wurde nämlich der Kaufmann durch Detektivs aus seiner Wohnung geholt.

Es war eine anonyme Anzeige eingelaufen, er sei der seit drei Jahren vergeblich gesuchte „Mörder von Szenor“, dem die Prostituierte Janota zum Opfer gefallen war und der trotz heftigster Nachforschung nicht entdeckt zu werden vermochte. Der Kaufmann verbrachte einige ungemütliche Tage auf der „Cyrla“ (der vierten Abteilung, der Kriminalabteilung der Polizeidirektion), ehe er der aufklärungsberechtigten Polizei sein Alibi nachzuweisen vermochte. Diese Denunziation war von der Polizei ausgegangen, die sich auf diese Weise dafür zu rechtfertigen gedachte, daß der spendable Freund zu seiner Frau zurückgekehrt war. Aber das ist eine Sache für sich, die heute nicht zur Verhandlung steht.

Der Verdacht des Kaufmannes richtete sich aber anfänglich gegen eine ganz andere Person. Einige Tage vorher hatte ihn eine andere seiner Geliebtenfreundinnen, Zofinka, ein kleines Strichmännchen, das sich in eine bürgerliche Existenz teilen wollte, gebeten, ihr zur Eröffnung eines kleinen Ladens die ihr fehlenden 12.000 Kronen vorzutreiben. 18.000 hatte sie selbst. — wie froh wäre ich, wenn Du mich aus diesem Sumpf ziehen wollest“, heißt es in dem Brief. Aber diese Transaktion schien dem Geschäftsmann nicht zu begehren. Jedemfalls legte er den Brief unerledigt od. acta. Gegen die Zofinka also richtete sich der Verdacht des Denunzierten, obwohl ihr Brief mit der demüthigen Wendung geschlossen hatte: — auch wenn Du mich nicht hilfst, werde ich es Dir nicht übel nehmen. Im voraus küsse ich Dir die Hände — — Später stellte sich der wahre Sachverhalt heraus und so sieht nun der erste Teil dieser komplizierten Sache zur Verhandlung: die Betrugsanklage wegen der herausgelockten 400.000.

Der Beweis der behaupteten Summe ist nicht ganz einfach, weil wohl manches auf Rechnung gemeinsamer Freuden und Vergnügungen zu setzen ist. Die Angeklagte behauptet, es handle sich um Geschäfte. Als Zeugnis dafür, daß der Hauptzeuge nicht der Mann danach sei, leichtsinnig Geld herzugeben, hatte die Angeklagte ihre ehemalige Konkurrentin Zofinka mitgebracht. Diese sagte derart aus, daß der Staatsanwalt erklärte, sich die Verfolgung dieser Zeugin wegen des Betrübens der falschen Zeugnisaussage vorbehalten. Sicher ist, daß hohe Beträge in die Hand der Angeklagten wanderten; es liegen Beweise vor, die darauf hinweisen, daß irgendwelche Scheinbare Sicherstellungen gegeben werden sollte. Schließlich wurde diese appetitliche Sache, von der man ja noch manches hören wird, zur Ladung von Zeugen verlag.

Die gekränkte Polizei.

Ein Wiener Bericht führte einen interessanten Beleidigungsprozess für — die Polizei. Angeklagt war ein ausgehender Arbeiter. Ein Bachmann hatte ihn beim Baden im Donaukanal außerhalb einer geschlossenen Badeanstalt ertappt. Das Baden sollte der Arme ausbaden. Auf die Strafverfügung, die ihm zudiktiert wurde, erwiderte er, daß er kein Geld habe, sich ein Bad in einer geschlossenen Badeanstalt zu leisten. Zu verhängern sei ihm gnädigst erlaubt, das wäre ihm bekannt; aber was alles verboten sei, das könne er nicht wissen. Im übrigen würde er der Wiener Polizei mehr Takt, Höflichkeit und Menschenkenntnis anraten.

Als die Polizei die ihr angetane Schmach, das man von ihr Takt, Höflichkeit und Menschenkenntnis verlange, erfuhr, stellte sie Strafverfügung wegen Beleidigung. Was den Takt anbelangt, so genügt ihr wohl, wenn ihre Leute leeren, im Takt zu marschieren. Höflichkeit hält sie nicht bei Ausgehenden, sondern nur bei Hochbesteuerten für nötig; wer nicht arbeitet, soll auch nicht das Gnadenerbort der polizeilichen Freundlichkeit essen. Und Menschenkenntnis? Was braucht die Polizei Menschenkenntnis? Es genügt ihr, wenn sie genug Geisteskenntnis besitzt, um einem armen Teufel Fellen zu stellen.

Man sage nicht, daß die Wiener Polizei in ihrer Kleinlichkeit nicht großzügig sei! Es wäre ja immerhin auch denkbar gewesen, daß sie deswegen geflaggt hätte, weil sich bei ihr ein armer Mann beklagt. Er wäre vorstellbar, daß sie nicht in ihrem Hunger nach Ehrfurcht gekränkt ist, sondern weil ihr ein Arbeiter begreiflich macht, daß ihn nach Brot hungert. Aber dieser Vorwurf rührt sie nicht. Sie interessiert die Unordnung in der Welt, sofern sie sich beispielsweise darin bemerkbar macht, daß ein Arbeiter außerhalb einer geschlossenen Badeanstalt badet. Die Unordnung in der Verteilung der Nahrung ist nicht ihr Ressort. In dem alten Egerischen „See- und Ritterspiegel“ aus dem Jahre 1756 steht, daß die Polizeiordnung alle Verordnungen und Anstalten umfasse, welche die Nahrungsgeschäfte so einrichten, daß dadurch alle Glieder des Staates gute Nahrung und Bequemlichkeit finden.“ Es ist wirklich eine sehr alte Polizeiordnung. Mit derselben Begeisterung, mit der die hohe Obrigkeit sonst bei der Säurigung ihrer Untertanen an dem alten Kopf hängt, mit dem sie sich selbst, wie wessand Münchhausen, aus dem Sumpf unserer Zeit zieht, hat sie die stürzliche Aufgabe, zu der sie sich einmal bekannte, vergessen.

Aber damit mit kein Goldschichtkammer an den Wagen fährt, was übrigens verkehrspolizeilich verboten ist: es muß freilich zugegeben werden, daß die Polizei auch früher schon bisweilen ihre Meinung über ihre Aufgabe gewechselt hat. In Nummer 131 der „Bösischen Zeitung“ aus dem Jahre 1776 ist zu lesen, daß ein Kofar in der französischen Stadt Rocroy auf fünf Jahre ins Gefängnis geworfen wurde, weil er vor einem Polizeimajor nicht rasch genug den Hut gezogen habe. Allerdings war diese harte Strafe nur deshalb möglich, weil der Herr Polizeimajor sich selbst als eine Art Sondergericht aufmachte und die Sache dem ordentlichen Richter zu entziehen wußte. Unser Wiener Arbeiterlofer kann also von Glück reden, daß seine gekränkte Polizei sich nicht nach dem französischen Vorbild richtete. Er kam vor einem im wahren Sinn des Wortes ordentlichen Richter mit Herr. Verhand und anderen unpösischen Eigenschaften: er sprach den Angeklagten frei. Erich Gottgretten.

Schmuggelgeschichten vom Balkan.

Der Balkan mit seinen zahlreichen Ländern und Grenzen ist geradezu ein paradiesisches Gefilde für Schmuggler großen und kleinen Stils. Der Schmuggel blüht hier wie nirgends in der Welt, zumal da ihn die verschiedenen Staaten durch ihre unsonstige Schutzpolitik und ihren übertriebenen Industrieprotektionismus direkt fördern. Die vielen Schmuggelklassen bilden schon eine tagtäglich erscheinende Sonderrubrik der meisten Blätter, die übrigens von den Lesern besonders andächtig studiert wird. Denn diese Meldungen sind vielfach eine recht lehrreiche Relation für Fortgeschrittene wie Anfänger... Oft aber finden sich da auch reizvolle Geschichten, die lebensvoller als irgendein mazedonischer Rememord oder Zwischenfall an der besarabisch-russischen Grenze sind.

Der Schmuggel auf dem Balkan spielt sich durchweg noch in patriarchalischen Formen ab. Hier rasen keine Panzerautos mit bewaffneten Schmugglern — wie z. B. an der deutsch-holländischen Grenze — durch die Grenzposten; hier spielen sich noch keine stundenlangen Feuerkämpfe zwischen verzogenen Schmugglerbanden und Grenzwachtern ab. Solche rabiaten Methoden waren auf dem Balkan ein Ding der Unmöglichkeit, wo die Grenzen mit Stadeldrahtverbänden, Schlingengraben und verschlossenen Barrieren gesichert sind und nicht nur von Zollwächtern, sondern auch kriegsmäßig ausgerüsteten Militärabteilungen bewacht werden. Die meisten Grenzübergänge des Balkan sind wie Kriegsstellungen besetzt. Da fehlen selbst Wollgraben, elektrische Hochspannungen und andre schöne Kriegserinnerungen nicht. Wede jedem Schmuggler, der da mit Gewalt oder heimlich durchdringen wollte! Er würde ohne Gnade und ohne Anruf wie ein Kometstisch behandelt werden, denn diesen Grenzwachtern über die Augen nur allzu leidet. Bei der ewigen Kanonade der Posten wird gern ein kleines Schützenfest auf Menschenfleisch veranstaltet, wobei leicht eine Beförderung oder ein Ordensblech herausspringen kann... Einen ge-

waltigen Durchbruch der Grenzen mit Panzerwagen würde auch schon der unglaubliche Zustand der Grenzposten vereiteln, die meistens mit voller Abficht vernachlässigt werden. Selbst ein stabiler Strafwagen könnte sich hier höchstens ein 5 Kilometer „Tempo“ erlauben.

Eine reizende Schmugglergeschichte spielte sich kürzlich an der rumänischen Grenzstation Jimbolia ab. Den dortigen Zollbehörden war von „Vertrauensleuten“ hinterbracht worden, daß sich im Orient-Expresz Schmuggler befänden, die eine beträchtliche Anzahl Seidenballen nach Rumänien einschmuggeln wollten. Als der Zug einlief, stürzte sich eine Legion Zollwächter auf die einzelnen Abteile und durchsuchte sie mit peinlicher Gründlichkeit. Vergebens! Man fand nichts und suchte idon auf die unzuverlässigen „Vertrauensleute“, als ein ganz heller Zöllner auf den Einfall kam, doch auch das Abteil des Finanzministers Popobici zu untersuchen, der mit dem gleichen Zuge aus dem Auslande heimkehrte. Erzellen brumnte zunächst, als er aus seinem Mittagschlafchen aufgeschreckt wurde. Doch wie konnte er die Bine seiner pflichterfüllten Beamten abjählen! — Donnerwetter, die Heberausung war groß. Unter den Postern und Eiben entdeckte man gegen 70 Kilogramm schwerster französischer Seide. Die Zollwächter waren peinlich betrübt, und noch mehr die Erzellen, die slossungslos ihre Unschuld betrauerte. Doch zur Ehre des Ministers wurde festgesetzt — und warum sollen wir uns dieser Feststellung nicht anschließen? — daß er keine bloße Ahnung von dem Gaunerstreich der Schmuggler hatte, die ihm da ein Aufschuß ins Abteil gelegt hatten. Diese gerissenen Brüder hatten sich in recht balkanischer Schlanheit und Logik gedacht, daß so ein Finanzminister vom Balkan, der den kleinen Schlüssel zum großen Geldschatz des Staates in der Westentasche trägt, es nicht notwendig hat, zu schmuggeln. Kein Zollbeamter würde es wagen, das Abteil seines Vorgesetzten zu durchsuchen. Doch die Gauner hatten diesmal daneben gedacht... Der Herr Minister ließ es sich natürlich nicht nehmen, den findigen Zöllner eigenhändig zu belohnen.

Es war im Mai dieses Jahres im Personen-

zuge Bukarest—Gurgin—Donauhofen. In einem Abteil 2. Klasse sah eine Dame, deren Benehmen immer nervöser wurde, je mehr sich der Zug der Grenzstation näherte. Der ihr gegenüber sitzende Herr, der sie schon lange prüfend beobachtet hatte, knüpfte schließlich ein Gespräch mit ihr an und erkundigte sich leilnehmend nach dem Grunde ihrer auffälligen Unruhe. Nach einigem Zögern gestand die Frau, daß sie eine stattliche Anzahl Meter kostbarer Seiden Spitzen in Bukarest erstanden habe und sie nach Bulgarien schmuggeln wolle, wo die gleichen Spitzen wegen des Prohibitivzollens überhaupt nicht zu haben seien. Der freundliche Herr beruhigte sie und versicherte, ihr auf der bulgarischen Grenzstation Rußland beizustehen, wo er alle Zollbeamten persönlich kenne usw. Die verängstigte Gelegenheitskassiererin erteilte Befehl, daß sie wachte, daß ihre bulgarischen Landsleute da draußen am anderen Donauufer nicht spionierten. Als der kleine Zugdampfer an der bulgarischen Zollstelle anlegte und die Frau frohen Mutes die Landungsbrücke hinauf in die Höhle der Zoll-Löwen schritt, stieß sie plötzlich der Kiem: Der Kavaller, der ihr seine Hilfe versprochen hatte, drängte sich an einen Zöllner heran und erklärte ihm laut und vernünftig, daß diese Dame da Seiden Spitzen in gros durchschmuggeln wolle. Im Nu waren die Koffer der Frau durchstöbert, und als nichts gefunden wurde, mußte sie sich einer Leibesvisitation unterziehen. Das Resultat war: 50 Meter feinsten Spitzen, die kunstgerecht um den Körper gewickelt waren. Die Schmuggelware wurde beschlagnahmt, und nach Erlegung einer Zolllöse von 8000 Lera konnte die Frau ungehindert den Zug nach Sofia besteigen. Kaum hatte sie Platz genommen, als auch der Denunziant in das Abteil trat und sich häuslich einrichtete. Räuberischend ob dieser Frechheit funkelte sie den Mann an, der mit zufriedenen Wackeln da sah. Kaum hatte sich der Zug in Bewegung gesetzt, als die Wut der Frau in einer wilden Schimpfkanade zum Ausbruch kam. Ihr lächelndes Gegenüber schwieg, bis schließlich die Erzählerin aufhörte und trampfhaft zu weinen begann. „Ihr Schanden beträgt insgesamt 22.000 Lera?“ ließ sich jetzt der Mann vernehmen. „Hier haben Sie

diese Summe! Der Schaden ist gering; dadurch, daß ich die Aufmerksamkeit des Zollbeamten von mir auf Sie ablenkte, vermochte ich 5 Kilogramm Goldmünzen über die Grenze zu schmuggeln, ohne sie deklarieren und zum Zwangskurs abliefern zu müssen. Mein Gewinn ist groß genug, um Ihren kleinen Schaden zu erlösen.“ Sprach's, griff nach seinem Koffer und verschwand im Gewühle des Bahnhofs, in den der Zug eben eingelassen war.

Auf einer kleinen griechischen Grenzstation fiel es eines Sonntags dem Zöllner auf, daß die vom Bergandenbeluch aus dem nahen bulgarischen Dorfe heimkehrenden Bäuerinnen vielfach „Münder“ auf dem Arm trugen. Die er am Morgen gar nicht gesehen hatte. Bei näherem Zuschauen entpuppten sich die „Zanlungen“ als niedliche kleine Ferkel, die sonst in Balkenleibern gehüllt, in tiefstem Schlafe lagen. Was hatten die „blauen Bäuerinnen gemacht? Die von den Bulgaren billig erhandelten Schweinchen waren mit lauten Pflaumenhonigs und Opiumtropfen gründlich betäubt worden, um sie ohne Querschnitte, als „Widelfinder“, über die böse Grenzlinie schaffen zu können. Wie die Untersuchung ergab, haben die Bauern diesen gerissenen Trick schon seit langem angewandt.

Großes Pech hatte im vorigen Winter ein bulgarischer Kaufmann aus Petritsch, der mit seinem Geßpann häufig nach der griechischen Grenzstadt Demir-Hisar hinüberfährt, sei es zu Geschäftszwecken, sei es, um sich drüben an dem ebenso billigen wie feurigen Metaxawein zu laben. Als ihm einmal der löstliche Metaxa zu gut schmeckt hatte, entschloß er sich, einige Flaschen mit nach Hause zu nehmen. Doch wie über die Grenzlinie schaffte? Da kam er auf den genialen Einfall, seine beiden Fußwärmflaschen mit dem edlen Raß bis zum Rande zu füllen. Gefagt, getan. Die Grenzkontrolle verlief glori. Doch als er im nächsten Gasthaus eingelehrt war, um etwas zum „Aufwärmen“ zu trinken — er frohschauerlich denn die Wärmflaschen waren leider kalt —, überraschte ihn kein Aufseher mit der Mitteilung, daß er den erstarrten Inhalt der Wärmflaschen ausgegoffen und durch kochendes Wasser ersetzt habe...

PRAGER ZEITUNG.

Die „Soziale Indifikation“ im Ärzteverein.

Wie ja vorauszusehen war und bekannt wurde, führte die Unterhaltung der deutschen Ärzte über den jamaikanischen Abtreibungsparagrafen zu lauten Diskussionen, die vor allem durch die unangenehmen und erschütternden Feststellungen des Dozenten Dr. Hecht Licht und sachliches Interesse erzielten.

Der vorliegende Entwurf, der ja längst bekannt ist, wurde schließlich infolge des einmütigen Vorgehens der jüngeren und sozialistischen Ärzte, unterstützt von einem Teile der älteren angenommen — mit einigen Abänderungen, welche die soziale Indifikation dort einschränken, wo sie übertrieben erscheint, dort aber erweitern, wo es längst notwendig wurde.

Interessant ist — und selbstverständlich, da ja die Sozialdemokratie von einem Geiste durchdrungen ist — daß die legitimistischen Entscheidungen des Deutschen Ärztevereins sich genau mit den Forderungen der österreichischen Sozialdemokratie decken, die im „Sozialdemokrat“ in der Sonntagsnummer veröffentlicht wurden.

Beinahe wie ein Witz mutet an, daß ein älterer Prager Mediziner einen Zusatz zum ersten Absatz durchsetzte. (Abtreibungen lediglich in öffentlichen Heilanstalten.) Der Zusatz: auch in Privatheilstätten bzw. Sanatorien. Die Begründung? Bitte: es kämen für die Abtreibung bzw. soziale Indifikation auch die Frauen des Bürgerstandes in Frage. Und denen könne man nicht zumuten, mit den anderen Frauen zusammen in den öffentlichen Krankenhäusern zu liegen.

Zu begreifen ist der Mut der sozialistischen oder der auch nur sozial eingestellten Ärzte, mit dem sie nicht nur auf der sozialen Indifikation (und den entsprechenden Änderungen im Strafgesetz) bestanden, sondern auch forderten, daß mit der medizinischen Heilung der Schluß gemacht würde.

Nach der eingeholten Meinung anwesender Teilnehmer an der Diskussion besteht aber vorläufig keine Übergangs-Ansicht, daß die deutsche Ärzteschaft mit ihren sozial-empfindenden Varnbergsfortschrittler durchdringt. Leider sträubt sich die tschechische Ärzteschaft bzw. deren Organisation zum großen Teile gegen die soziale Indifikation. R. B.

Kunst und Wissen

Von der Prager Deutschen Musikakademie.

Die Prager Deutsche Musikakademie, die finanziell so schwer zu kämpfen hat, daß ihr Fortbestand ernstlich gefährdet ist, hat bisher nichts unversucht gelassen, um die zu ihrer Erhaltung nötigen Geldmittel aufzutreiben. Leider waren die bisherigen Ergebnisse ganz unzureichend. Nun wendet sich die Prager Deutsche Musikakademie neuerdings an die deutsche Öffentlichkeit mit der Bitte um Hilfe in sozialer letzter Stunde. Es besteht in Prag ein eigener Verein „Deutsche Musikakademie“, der sich die Unterstützung und Erhaltung der Prager deutschen Musikschule zur Aufgabe gesetzt hat. Die Musikakademie bietet alle wahren Musikfreunde, diesem Verein beizutreten, um durch eine möglichst große Anzahl seiner Mitglieder einen entsprechenden materiellen Rückhalt zu finden. Der Mitgliedsbeitrag ist verhältnismäßig gering (30 Kronen jährlich), so daß auch weniger Bemittelte in der Lage sind, ihr Kontingent zur Erhaltung der einzigen inbundenständigen höheren Musikschule zu bringen.

Am Montag hat die Deutsche Musikakademie einen ihrer vorbildlichen öffentlichen Musikaufführungen veranstaltet, um neuerdings Zeugnis zu geben von der ersten künstlerischen Arbeit, die sie allen materiellen Räten zum Trotz leistet. Das Kon-

zert war als Max Reger-Abend eingerichtet worden, brachte also durchwegs Werke dieses hochbedeutenden und noch immer nicht genug anerkannten deutschen Komponisten im Programm: zweihändige und vierhändige Klavierstücke, Violinkonzerte, Kompositionen für Violon und Kammermusikwerke im ensemblemäßigen Sinne größeren und kleineren Stiles. Um die Ausführung der gediegenen und reichen Vortragsordnung hatten sich erfolgreich bemüht: die Pianistinnen und Pianisten Hilde Weiß, Gertrud Kefel, Ernst Hirsche und Waldemar Czerny, die Geigerinnen und Geiger Herta Wüller, Wladimir Abramoff, Norbert Holmann und Oscar Kriegl, der Fiedler Peter Prämse, der Violoncellist Wünsch und schließlich die Sängerrinnen Martha Bilz und Mathilde Schier. Das Konzert war ausnahmsweise recht gut besucht, was der materiell bedrängten Musikakademie sehr zu gönnen war. E. J.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Mittwoch, halb 8 Uhr: „Hoplusopolus“, Donnerstag „Die Entführung aus dem Serail“. — Freitag: geschlossen. — Samstag: geschlossen. — Sonntag, nachmittags: Jugendvorstellung: „Im Weichen Köhler“, abends: „Hoffmanns Erzählungen“. — Montag, nachmittags: Jugendvorstellung: „Dreimal Offenbach“, abends: „Wenn die kleinen Brillen blühen“.

Wochenplan der Kleinen Bühne. Mittwoch, 7 Uhr: Jugendvorstellung: „Eilig und Zeit“. — Donnerstag, 8 Uhr: „Bargeld lacht“. — Freitag, 8 Uhr: „Bargeld lacht“ (Kulturverbandstreue). — Samstag: geschlossen. — Sonntag, nachmittags: „Bargeld lacht“, abends: „Der Geisterzug“. — Montag, nachmittags: „Ich habe einen Engel geheiratet“, abends: „Der Geisterzug“.

Sport • Spiel • Körperpflege

Zwanzig Gendarmen bei einem Eishockey-Spiel.

In Wien fand vor einigen Tagen ein Eishockeyspiel zwischen dem Sportklub Wödling und Galvach, dem jüdischen Sportklub, statt, und zwar ging es in diesem Spiel um den Aufstieg in die erste Klasse des bürgerlichen Verbundes. Wödling gewinnt die Freundschaft der Razi. Die tschechischen Juden das Wort auf keinen Fall gewinnen dürfen, und wenn man sie blutig prügeln muß! Zum Spiel fanden sich alle Wödlinger Razi ein. Aus ihrem Ansehen konnte man schließen, daß sie keine Wimper gezögert hätten, sich auf die Mannschaft der Galvach zu stützen, wenn die in Barock gekommen wäre. Die Razi waren nicht allein. Das Spielfeld umstanden zwanzig Gendarmen und ein halbes Duzend Stadtpolizisten. Die brauchen jedoch nicht eingreifen, da die Mannschaft der Galvach unter dem Druck der Verhältnisse so schlecht spielte, daß ihr Erfolg verlagert bleiben. Die allseitig erwartete Kauferei blieb also aus. Man weiß jetzt, wie die Hakenkreuztrichter zu ihren Zielen kommen. Fürchten sie, daß sie geschlagen werden, so drohen sie mit dem Messer, mit dem sie ja wahrlich besser umgehen können als mit Sportgeräten.

Eine österreichische Fußballmannschaft — Kreismeister von Südböhmen. Die Fußballmannschaft des Arbeiter-Turn- und Sportvereins Lustenau in Borsatzberg beteiligte sich an der Meisterschaft des Kreises Südböhmen, da sie in Borsatzberg keine Gelegenheit hat, an größeren Wettkämpfen teilzunehmen. Nachdem sie die Meisterschaft der Kreise Podenise und Mladá gewonnen hat, trat sie in den Kampf um die Meisterschaft des Kreises Südböhmen und siegte am Sonntag im Entscheidungsspiel gegen den

Sportklub Stern Augsburg mit 2:1. Der Sieg berechtigt die Lustenauer, an den Hauptspielen um die Verbund- und die Bundesmeisterschaft Deutschlands teilzunehmen.

Hr. Südböhmischer wieder Meister. Am sonntägigen Entscheidungsspiel siegte Hr. Südböhmischer über Großschöcher knapp aber doch verdient mit 4:3 (3:3). In der ersten Halbzeit führte Großschöcher schon 3:1, doch brachte Südböhmischer Läuferreihe die eigenen Stürmer gut in Front, so daß der Ausgleich bis zur Pause geschafft werden konnte. Nach Wiederanstoß ist Südböhmischer zwar stark überlegen, kann sich aber gegen die wilde Verteidigung nicht recht durchsetzen. Kurz vor Schluß fiel dann durch einen Elfmeter wegen Hand das siegreiche Tor.

Wiener Arbeiterfußball. Liga: Postunion gegen Zentralverein 1:2 (2:0). — Freundschaftsspiele: Gaswerk St. Veit gegen Phönix Schwabau 2:2 (1:1), Rudolfshöfel gegen Dajung 6:3 (2:2), Columbia gegen Floridsdorf (Liga) 5:1 (0:1), E. Werke gegen Schönbühner (Liga) 5:2 (2:2), Nord-Wien (Liga) gegen Hochstadt 6:3 (0:2), Kuts gegen Helios Brigittenau 1:0 (0:0), Jubentals gegen Phönix 6:4 (0:0), Landstraher Sportfreunde gegen Gaswerk Schwabau 2:2 (1:1), Victoria 10 gegen SC 33 3:2 (1:1).

Der Film

Von der Filmzensur.

In den letzten Monaten hat man nicht viel von der legendären Tätigkeit jenes Zensurkollegiums im Innenministerium gehört, das sich erste Instanz der Filmzensur nennt und deren wichtigstes Mitglied eine sogenannte Dame aus Erziehungsreisen ist, die am meisten dann zu Wort kommt, wenn es um Frauen geht, die ahnen lassen, wie so ein Mensch gebaut ist. Der Grund dieses wohl-tuenden Schwagens ist darin zu sehen, daß die Zensurkollegiumsbeamten die Rolle des Kultur-maßnahmenüberwachers übernommen hatten und durch geeignete Maßnahmen die Interessen des Staates zu fördern, daß heute die meisten mangels geeigneter Programme mit dem Pleitegeier kämpfen müssen. Trotzdem hat sich das Zensurkollegium im November noch rühmen dürfen und verborgen, daß im Film „Der Kaffeebinder“ vom Hausierer Wolf Pfeifferhorn das obdünne Wort „Pfarrerleben“ gebraucht wurde; man muß das Deterium immer wahren, auch bei Herrn Pfeifferhorn: wir dürfen auch nicht wissen, daß der rumänische Kesselpflichter ist als kein Vater und daß er wackelnder Roggar weint, nachdem er sein Weib gelassen hat; denn er hat sich eben nicht nach seinem Budapester zu sehnen, denn diese „Buda-Best“ darf hier nicht gedacht werden; auch das ist eine Warnung im Interesse der geistigen Volksgesundheit. Nicht erlaubt ist auch die gefährliche Szenen, daß wir uns vor der Korruption zu schützen wissen (wobei „Wir“ die revolutionären Matrosen im Panzerkreuzer Potemkin sind), oder die Mitteilung, daß es im alten Österreich während des Krieges zu Revolten gekommen ist, die sich gegen die Soldatenausbeutung richteten.

So geht es eben weiter mit der Kulturförderung: man verbietet in Wochenschaun Kaiserlieder, übernimmt aber die Kaiserzensur und verhandelt sie; man verbietet alles, was an Habsburgerdenkmälern existiert (wogegen natürlich nichts einzuwenden ist) und schirmt in Hochachtung vor den gekrönten Häuptern föderaler Staaten; man statuiert Selbstfreiheit und konstatiert komplizierteste Konfessionsysteme zwecks Verdämmung des Volkes, erklärt alles für gefährlich, was nicht in den offiziellen Verboten aber unso in'nger übernommenen Kram von Autorität und Festhalten am Gegebenen paßt. Zur Zeit, da die ersten Militärspione, verdammtenhese Operetten und Sexualpropagandafilme herein gelassen werden, bemüht sich der heimliche Verleiher vergeblich um die „Erlaubnis“, eine Dreißigfachen oper einführen zu dürfen oder gar den Rüm des proletarischen Kinderproblems „Der Weg ins Leben“!

Literatur

Die Gefährten. Roman von Anna Seghers. Verlag Gustav Kiepenheuer, Berlin. 319 Seiten. Es ist das zweite Werk dieser jungen glänzenden Erzählerin. Ihr erster Roman „Aufstand der Fischer von St. Barbara“, das mit dem Kleistpreis bedacht wurde, hat vor einigen Jahren wohlverdiente Beachtung gefunden. „Die Gefährten“ wird man nicht gut einen Roman nennen können. Was das Buch enthält, das ist die Schilderung der Schicksale von Revolutionären in der Zeit seit dem Kriege in den verschiedensten Ländern. Eine ergreifende Symphonie des Leidens und Sterbens dieser Menschen, zugleich eine Verherrlichung ihres Heldentums, ihrer Entschlossenheit und ihres Kampfes. Mäxter der Gegenrevolution aus den verschiedensten Ländern ziehen an uns vorüber. Die Gestalten, welche die Dichterin vor uns herbeiführt, stammen aus Ungarn, aus Polen, aus Italien, aus Bulgarien und aus China, Arbeiter, Bauern, Studenten, ehemalige Offiziere und Hochschullehrer, die an der Revolution teilgenommen hatten und die von der weigardischen Bestie gemartert, getötet oder ins Exil getrieben werden. Die Autorin hat dem Studium der revolutionären Vorgänge ebenso wie dem Leben und den Leiden derer, die in ihrem Vordergrund sich betätigt haben, viel Sorgfalt zugewendet, sie kennt die Numenschlichkeiten der weigardischen Säulächter, die sie in Ungarn nach dem Siege über die Revolution verübt haben, ebenso wie das Los der revolutionären Kämpfer nach dem fektionischen Staatsstreich in Italien und nach dem Völkst-Umsturz, und sie weiß um ihr Leben im Exil. Es ist nicht irgendeine Parteigezinnung, die Anna Seghers in diesen Kämpfergestalten verherrlicht, sondern die Auflehnung und den Kampf gegen die bürgerliche Welt schlechthin. Beginn man zu lesen, so ist es unmöglich, sich von dem Bunde loszureißen. Es sind Stellen darin von elementarer Macht und unerhörter Sprachkraft, über die nur eine Dichterin verfügt.

„Die Sünderin.“ Roman von Claire Spencer. J. G. Speidel'sche Verlagsbuchhandlung, Wien. In Claire Spencer, der schwedischen Dichterin, kennt man an diesem reifen und erschütternden Buche eine Erzählerin von hohen Qualitäten kennen. Offie Galloway, die „Sünderin“, ist ein schönes, junges Weib, die Schönste weit und breit. Jenen, die in sie verliebt sind — und das sind viele — erscheinen andere Frauen im Vergleich mit ihr arseliger Abfall. Die Mehrzahl der Männer, die sie liebten, kamen aus den Reihen der Tollkühnen oder der blinden Schwächlinge her, denn die andere „erkannten in ihr eine Naturgewalt, die sie niemals zu bezwingen hoffen durften.“ So wird diese Offie Galloway geschildert, deren Geschichte hier erzählt wird. Unter den Männern, die um sie werben, erwähnt sie Ernest Weir, einen verträumten, sanften Burschen, obwohl sie wenig für ihn fühlt und man allgemein weiß, daß andere, viel prächtigeren Burschen um sie werben. Die Mutter Ernest Weirs durchschaut das Geheimnis. Als Offie Galloway sich entschließt, Ernest Weirs Frau zu werden, trägt sie bereits ein Kind unter dem Herzen. Unter ihren Verehrern war einer, der ihre Sinne zu entflammen gewohnt hat, doch stellt es sich heraus, daß er der Verlobte einer Anderen ist. Um ihre „Zünde“ zu verbergen, entschließt sie sich zu rätischer Heirat mit dem ihr gleichgültigen Ernest Weir. Bei einer Markttransaktion wird dieser getötet. Sie kennt den Namen des Mörders, doch sie verschweigt ihm. Der Haß gegen sie wird im Laufe immer härter. Als das schwächliche Kind, das sie zur Welt bringt, nach wenigen Wochen stirbt, hält man sie für dessen Mörderin und sie wird von den Dorfbewohnern schließlich gefesselt. Sie stirbt an den schweren Verletzungen, die sie hierbei erleidet. Auf jeder Seite des Buches bewahrt sich die Autorin als eine bedeutende Menschengefährterin, und sie schreibt in einer Sprache, die ebenso von edelster Form wie von eindrucksvoller Bildhaftigkeit ist. Wer das Buch liest, wird dies nicht nur einmal tun. Es ist für jede Bibliothek ein wertvoller Besitz.

Verbreitet die Arbeiterpresse.

Auch der nicht gerade beschreibende Spruch: Alles Erdreich ist Oesterreich untertan, der sich aus den fünf Vokalen A. E. J. O. U. ergibt, müßte sich eine Umdeutung gefallen lassen. Schon der Turmwater John deutete ihn so: Allerlei Erdreich ist Oesterreich Unglück, was sicher mehr als ein Wortspiel war.

Natürlich mußte auch die Kirche sich mancherlei Umdeutungen der von ihr gebrauchten Abkürzungen gefallen lassen, zumal es sich hier meist um lateinische Worte handelte, die das Volk, selbst wenn es sie richtig gelesen hätte, nicht verstanden hätte. Das bekannte J. H. S., das man auf den Kuffgeständen der Kirche sieht, wird als Jan hal Schnaps gedeutet und im Münsterland nennt man die schweren Steinkreuze, auf denen die Töpfer ein J. H. S. malen, ebenso. Aus dem J. H. dem Zeichen der Gesellschaft Jesu, wurde das bezeichnende Schlaue Jungens, während die Abkürzung der Bezeichnung Vater fidelus animarum fidelis fidelium, was heißen soll: Treuer Vater der im Glauben treuen Seelen, was aber kein Mensch versteht, ungedändert zu dem deutschen Wort Paff geworden ist, das also nicht, wie häufig angenommen wird, von dem mittelhochdeutschen Paffo (Vater) stammt.

Erich Grisar.

Abkürzungen und wie das Volk sie liest.

Durch nichts wird die Phantasie des Volkes so sehr angeregt, wie durch Dinge, die es nicht versteht, oder nicht verstehen will. Dafür sind die vielen Umdeutungen, die die bekanntesten Abkürzungen längerer Bezeichnungen erfahren haben, ein gutes Beispiel. So weiß zwar jeder Deutsche, daß die vier Buchstaben D. R. G. W., die man häufig auf Patentkäpfen und ähnlichen Gebrauchsgegenständen findet, Deutsche Reichs-Gebrauchs-Muster heißen sollen, aber es gibt wohl niemanden, der sie sich nicht zuerst als Der Räuber geht mopen gedeutet hätte, während die Buchstaben G. m. h. von Kennern als Gannow mit beiden Händen gedeutet werden, Hornlose Gemüter geben sich auch mit der Deutung Gehe mit. biste hin, zufrieden.

Auf die gleiche Art ist aus der Ufa die Universität für Erwerbslose geworden, während die Abkürzung E. S. (Erwerbslosen-Hilfe) allgemein als ewige Hilfe gelesen wird.

Jahlos sind die Deutungen, die die Buchstaben D. R. W. gefunden haben. Der Kunde weiß, das Krankenhaus wartet oder

deutscher Kinderwagen sind die bekanntesten, die ohne Zweifel kein Lob für die Robustheit der Firma, die ihre Fahrgenüge unter diesen Buchstaben laufen läßt, bedeuten. Beim E. M. W. Wagen dagegen wendet sich der Volkswitz gegen den Käufer, indem er aus diesen Buchstaben den sicher oft zutreffenden Satz: Bezahlt mit Wechseln herausliest.

Karger als über die Automarken ist das Volk über die Abkürzungen der verschiedenen Eisenbahngesellschaften hergefallen. So wurde die Abkürzung R. S. E. für königlich-bayerische Staats-Eisenbahn gedeutet als Komm Bauer, steig ein, während die Abkürzung R. P. E. S. (Königlich-preussische Eisenbahn-Verwaltung) als kein Pollad erhält Vorschuh gelesen wurde. Die Abkürzung O. T. E. (Oppeln-Tarnowitzer Eisenbahn) liest man: O traurige Erfindung. Die Rechte-Oder-Ifser-Eisenbahn muß es sich gefallen lassen, daß man ihre Kennbuchstaben R. O. U. E. in Reichtum oben unten Eleud umdeutet, während man die Abkürzung O. E. der Oldenburger Eisenbahn sicherlich nicht ohne Grund in Ohne Eile umdeutete. Dagegen muß die Bezeichnung Frankfurter Ostentreibergesellschaft, die man aus den Buchstaben F. O. T. G. herauslas, zumindest eine arge Uebertreibung genannt werden denn die Frankfur-

Offenbacher Trambahn-Gesellschaft, die die erste Straßenbahn zwischen Frankfurt und Offenbach betrieb, fuhr ihre Köfen und trieb sie nicht, wie ein schlogfertiger Schaffner, den man mit der vorgenannten Auslegung foppen wollte, einmal gefogt haben.

Schlimmer ist es der französischen Eisenbahngesellschaft, die die Strecke Paris-Lyon-Mediterranée betrieb, ergangen, denn nachdem einige Angläde auf dieser Strecke vorgekommen, deutete das Volk die Abkürzung P. L. M. als: Pour la mort! Zum Tode!

Organisationen, vor allem solche, die sich nicht alltägliche Ziele gesteckt haben, müssen ebenfalls erfahren, daß das Volk wenig Neigung verspürt, Abkürzungen so zu lesen, wie sie gemeint sind und so hat sich der Suttentper-Orden, dessen Mitglieder sich nach den Buchstaben, die auf den Abzeichen der Organisation stehen, J. H. G. E. H. E. r nennen, längst damit abgefunden, daß man aus den gleichen Buchstaben das bezeichnende In Ordnung gebrachter Trunkenbold herausliest. Da J und O auch als Eins und Null zu lesen sind, wird die gleiche Buchstabenfolge auch als 10 Glas täglich gedeutet, womit sicher keine Milch gemeint ist.

Das Holze J. R. (Imperator Rex), das Wilhelm der Zweite unter seinem Namen setzte, wurde vom Volke als Jumer reifer fertig gedeutet.

Druck- und Verlagsanstalt: ...